HUNSRÜCK-FORUM

Zeitschrift für Demokratie und Frieden

Nr. 42
Mai 1991
Preis: DM 3,—
N 8930 E

- Dunkle Wege beim Plastikmüll •
- Friedensbewegung und Kurden •
- Studenten statt Soldaten •

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
HUNSRÜCK-FORUM e.V.
- Verein für Demokratie und Frieden -
Postfach 451, 6540 Simmern
Tel. 06746/1639 · FAX 06746/8440

REDAKTION:
Barbara Müller, Ute Petry (v.f.Az.), Wolfgang Bartels, Reinhard Sczech, Axel Weirich, Horst Schneider, Horst Petry (v.i.S.d.P.)*

FREIE MITARBEITER:
Franz J. Hofmann, Markus Braun, Jutta Christ, H.U.I., Heinz Berg, Eleonore Goedert.

FOTOS:
Wolfgang Bartels, Reinhard Sczech, Heinz Berg

LAYOUT:
Horst Petry, Stefan Richter, Reinhard Sczech

SATZ + DRUCK:
Druckerei St. Richter, St.Goar-Biebernheim
Druckerei H. Petry, 5449 Pfalzfeld

Bankverbindung:
Hunsrück-Bank eG, Konto-Nr.:
100 21 331, BLZ: 560 617 44
in 6540 Simmern/Hunsrück
JAHRESABO:
11 Ausgaben=40,70 DM (incl. Porto)

*bei namentlich gekennzeichneten Artikeln übernimmt der Autor die Verantwortung und gibt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

ISSN 0179-2040

Inhalt

Der Kommentar zur Landtagswahl 3
Dunkle Wege beim Plastikmüll ..... 4 - 5
Schöne neue Plastikwelt ..... 6 - 7
Mülldeponie Kirchberg: Interview m. Stadtrat A. Weirich 8
Hahn: Studenten statt Soldaten 9
Apell der Friedensbewegung 10
Die Tragödie der Kurden 11
Fasten für Atomteststopp 12
Antisemitismus gestern und heute ..... 13 - 14
Rückblende: Ostermarsch '91 ..... 15 - 17
Hunsrück-Splitter ..... 18 - 19
Bundeswehr in RLP speckt ab 20
Hilferuf internationaler Friedensbrigaden / Leserbrief ..... 21 - 22
Wanderungen mit Hintergrund 23
Keine Wiedergutmachungsrente für Sinti 24
Anzeigen 25
H.U.I.-Umweltseminar 26
Ein „unzeitgemäßer Idealist" stellt sich vor 27
Puppen- und Bärenmuseum 28
Wo ebbes loss es 29
Kontaktadressen / Anzeigen ..... 30 - 31

HUNSRÜCK-FORUM
Zeitschrift für Demokratie und Frieden
Spendenkonto: Hunsrück-Forum e.V., Kto. Nr. 110 021 339, BLZ 560 617 44 Hunsrück-Bank eG, Simmern/Hunsr.

INTERNATIONALE WORKCAMPS: LEBEN UND ARBEITEN IN INTERNATIONALEN GRUPPEN

Freiwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, Dritte-Welt- und Frauenprojekten, in sozialen oder antifaschistischen Initiativen. Sinnvoller Urlaub in internationalen Gruppen. Unterkunft und Verpflegung frei. Mindestalter für TeilnehmerInnen: 16 (Inland), bzw. 18 (Ausland).

Sommerprogramm 1991 mit über 500 Workcamps in 40 Ländern erscheint im April. Gegen 3.00 DM in Briefmarken ab sofort anfordern unter: Service Civil International, Blücherstraße 14, 5300 Bonn.

Anzeigen:

biodomus
5401 Halsenbach · Am Eichelgärtchen 20
Fon: 06747/6822 Fax: 06747/6869

Suchen Sie einen
FUTON?
Bei uns bekommen Sie **Futons** aus
- reiner Baumwole
- Kokosfaser und Baumwolle
- Roßhaar und Baumwolle
- Schafwolle

Selbstverständlich sind alle unsere FUTONS aus unbehandelter Naturfaser, denn Chemie gehört nicht in Ihr Schlafzimmer.
Unseren Katalog erhalten Sie gegen 2,40 DM Rückporto in Briefmarken.

Nutzen Sie unsere langjährige Erfahrung mit konsequenten ökologischen Produkten

ZETTEL WIRTSCHAFT
Mitglied im Verbund selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutzpapier
vup

Umweltschutzpapier GmbH
5448 ROTH/Hunsrück • Dorfstr. 18 • ☎ 06762/7802 · FAX: 06762/7114

Alles fürs Büro

- Formularblocks
- Klemmordner
- Kopierpapier
- Einzel-, Radiergummis
- Holzkulis
- Briefumschläge
- Computerpapier
- Formatpapier
- Kopier- und Textmarkerstifte
- Holzlineale
- Versandtaschen
- Schreibmaschinenpapier
- Notizblocks
- Endlosetiketten
- Unlackierte Blei- + Farbstifte
- Messingspitzer

Außerdem führen wir alle Papierwaren aus Umweltschutzpapier für
Schule + privaten Bedarf!
☞ **Fordern Sie unseren Gesamtkatalog an**

DER KOMMENTAR ZUR LANDTAGSWAHL

Druck machen Für ROT-GRÜN!

Nach 44 Jahren hat die CDU also endlich in Rheinland-Pfalz die Macht verloren. In fast allen Verbandsgemeinden im Rhein-Hunsrück-Kreis und im Kreisgebiet selbst ist die SPD jetzt stärkste Partei: 41,7 Prozent, CDU 41,6 Prozent. Zweiter Wahlgewinner sind die GRÜNEN, die nach dem vernichtenden Wahlergebnis bei der Bundestagswahl von zum Teil unter 4 Prozent nun wieder bei knapp 6 Prozent liegen. Daß die Direktkandidatin der CDU, Gisela Neubauer, das Mandat des Rhein-Hunsrück-Kreises gewonnen hat, ist nur ein kleiner Schönheitsfehler. Auch die F.D.P. wurde mit 8,8 Prozent auf ein erträgliches Maß gestutzt und ist nicht mehr zweistellig wie bei der Bundestagswahl.

Jetzt gilt es Druck zu machen für ROT-GRÜN! Rudolf Scharping war bereits am Wahlabend dabei, einen Teil seiner Glaubwürdigkeit zu verspielen, als er mit dem Hinweis auf die direkt von der CDU dazugewonnen Wähler verschlüsselt seine Liebe für eine Koalition mit der F.D.P. bekundete. Rudolf Scharping hat diesen tollen Wahlsieg schließlich auch mit dem Wahlkampfthema „Steuerlüge" errungen. Da ist es nicht eben glaubwürdig, sich jetzt mit der Steuerlügnerin F.D.P. ins Koalitionsbett zu legen.

Daß nichts so sicher ist, wie das Umfallen der F.D.P. bei ihrer Koalitionsaussage für die CDU, ist eh allen klar. Da war der Heißluftballon, mit dem die F.D.P. im Wahlkampf für sich als „Die treibende Kraft" warb, die Kurzfassung ihres Programms: Woher der Wind auch weht, sie versteht sich auszurichten. Und heraus kommt nur warme Luft!

Wenn jetzt viele SPD-Ortsvereine mit Unterschriftensammlungen, Briefen und Telegrammen bei ihrem künftigen Ministerpräsidenten Druck für ROT-GRÜN machen, dann gibt es in Rheinland-Pfalz vielleicht nicht nur eine neue Regierung, sondern tatsächlich auch eine neue Politik.

• Axel Weirich

Anzeigen:

Weingut Zenz - Probst

Branntweinbrennerei
Paulusstr. 6 u. 8
5591 Ediger a. d. Mosel
Tel.: 02675-1203

Liebe Weinfreunde,
ein exclusiver kleiner Weinkeller ist die Visitenkarte Ihres Hauses. Suchen Sie doch zusammen mit Ihrem Winzer Ihren ganz persönlichen Wein aus.
Unsere Weine sind

Erzeugerabfüllungen

aus naturgemäßem Anbau. Das bedeutet für uns u.a.:
Selektiver und reduzierter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, überwiegend organische Düngung der Reben, konsequenter, auf Qualitätssteigerung ausgerichteter Rebschnitt, bei dem wir bewußt eine mengenmäßige Reduzierung des Ertrags in Kauf nehmen.
Sorgfältig in Eichenholzfässern ausgebaute Weine garantieren höchste Qualität. Sie merken den feinen Unterschied.
Fordern Sie unsere Weininformationen an, oder vereinbaren Sie eine persönliche Weinprobe direkt beim Winzer.

Telefon 02675-1203 oder 06543-875

Dinkel-Getreide

- Grünkern
- Gerste
- Weizen
- Sonnenblumenkerne
- Hirse
- Hafer

Frische Eier von freilaufenden Hühnern!

Dinkel-Naturkost-Hof
biologischer Anbau

Hans-Willi Planz
Füllenbacher Hof · 6531 SEIBERSBACH
Tel.: 06724/8647 + 8199
Verkauf ab Hof · Lieferung ins Haus möglich
Fordern Sie unsere Preisliste an!

druckerei petry

Computersatz · Desktop Publishing · Laserdruck
Offsetdruck · Zeitschriften · Broschüren · Plakate
Haushayer Str. 4 · 5449 Pfalzfeld · Tel. 06746/1639 · FAX 06746/8440

Kunststoffrecycling: Dunkle Wege
Kein gutes Gewissen mit der Lenorflasche

Was geschieht eigentlich mit den Lenorflaschen, Joghurtbechern, Plastiktüten, Farbeimern, Margarinebechern und den anderen Kunststoffen, die im Rhein-Hunsrück-Kreis getrennt eingesammelt werden?

Der (noch) Mainzer Umweltminister Dr. Alfred Beth in einer bunten Broschüre zu diesem Thema: "Wenn Sie Müll getrennt sammeln, kann Plastikabfall Vorgärten erobern." Dr. Beth weist auf ein rheinland-pfälzisches Unternehmen für Kunststoffrecycling hin, das Gartenzwerge aus Altkunststoffen produziert.
Klingt ja ganz nett, aber die großen Mengen die in Rheinland-Pfalz entsorgt werden müssen, können so nicht verwertet werden. Eine Vernebelung der Probleme. Umweltexperte Norbert Barth (Kastellaun) hierzu ironisch: "Diese Gartenzwerge sind nichts anderes als eine wilde Deponierung".
In den Hunsrücker Wertstoffsäcken befindet sich Polyethylen, Polypropylen, Polystrol, Polyvinylchlorid, Polyamid, Polyurethan, Polyethylenterephthalat, Polycarbonat, Fluorpolymere usw.
Vor einer sinnvollen Verwertung müßten die Altkunststoffe aufwendig sortiert werden. Nach dem neusten Sondergutachten "Abfallwirtschaft" des Rat der Sachverständigen für Umweltfragen können "gemischte Kunststoffabfälle zur Zeit so gut wie nicht abgesetzt werden". Wandert alles doch auf die Deponie oder gar in giftige Müllverbrennungsöfen ?

Eine Fahrt nach Simmern ins Industriegebiet, zur Firma FREY Entsorgung GmbH, Argenthaler Straße 8, sollte Aufschluß geben. Die Firma FREY sammelt im Auftrag des Rhein-Hunsrück-Kreises den Wertstoffmüll von den Haushalten ein. Auf dem Firmengelände türmen sich große Plastikberge auf (siehe Titelfoto). Eine wilde Mülldeponie? Nein, ein behördlich genehmigtes Zwischenlager. Zwischenlager, aber wo ist die Verwertung? Für die Firma FREY ein Betriebsgeheimnis. Die geschäftsführenden Herren Klinkhammer und Fritz Frey räumen ein, bei der "Verwertung der Altkunststoffe gibt es Engpässe". Aber: "nichts wandert auf die Deponie", wird versichert. Auch die Frage, ob unter Verwertung die "thermische Verwertung", also die Müllverbrennung zu verstehen sei, wird strikt abgelehnt. Dem Rhein-Hunsrück-Kreis werde für jede Tonne mit einem Entsorgungsnachweis Rechenschaft abgelegt.

Umweltminister Beth:
„Plastikmüll zu Gartenzwergen."

Firma A+R GmbH in Mainz:
Wird hier der Hünsrücker Plastikmüll recycelt?

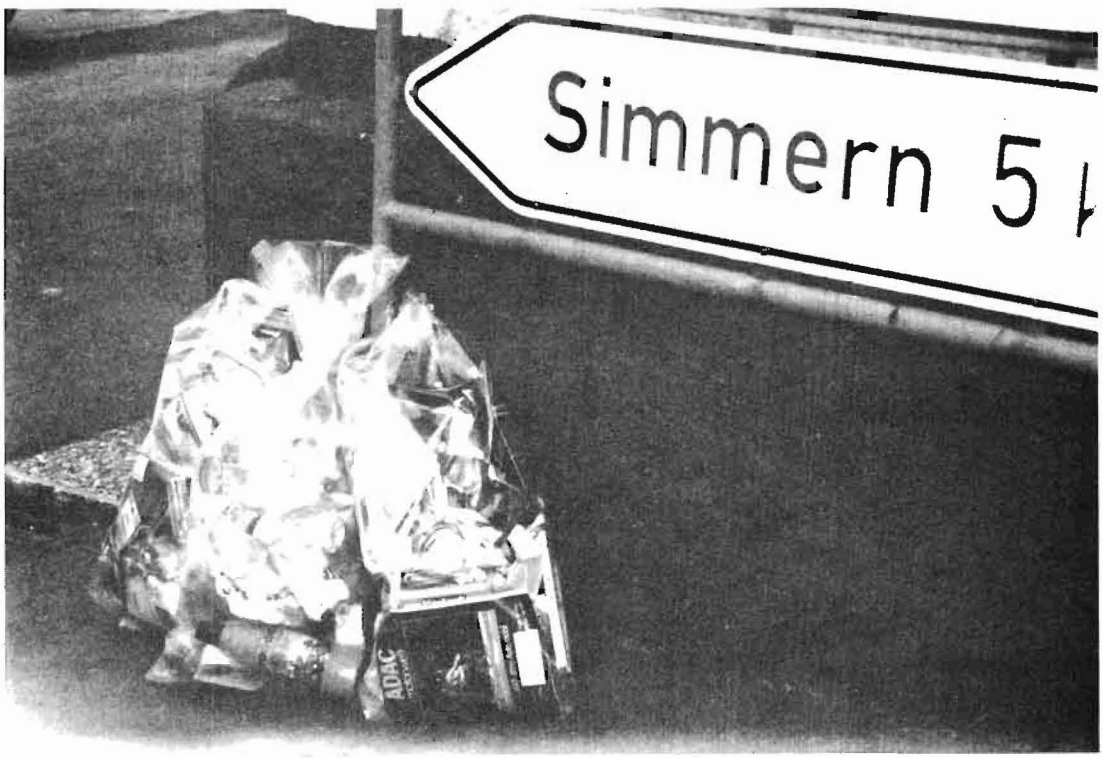
Die Wählergemeinschaft Oberwesel-Urbar wollte es auch wissen und richtete eine Anfrage an Landrat Bertram Fleck. Dieser war um eine Antwort nicht verlegen. Nein, nichts wandert auf die Deponie. "Altkunststoffe werden von der Firma RM-Trans GmbH, Peter-Sander-Straße 28, 6503 Mainz-Kastel, dem Stoffrecycling zugeführt" tönte es stolz aus der Hunsrücker Zeitung.

Garagenfirma: R-M-Trans

Das HUNSRÜCK-FORUM wollte es genauer wissen. Also war eine Dienstreise zur Firma RM-Trans angesagt. Hier fanden wir keine Fabrik, sondern lediglich eine größere Garage mit einigen Büroräumen. RM-Trans ist keine Recyclingfirma, sondern betreibt lediglich Spezial- und Sondermülltransporte. RM-Trans GmbH ist zusammen mit der FREY Entsorgung GmbH Tochterfirma im weiten Geflecht des RWE Konzerns.
RM-Trans verschiebt den Kunststoffmüll aus dem Hunsrück nur weiter. Wohin wollte niemand sagen. Auf dem Firmengelände der RM-Trans findet sich ein Hinweis auf eine ominöse Abfall und Recycling GmbH, Kaiser-Wilhelm-Ring 83, in Mainz. Auch hier, schon keine Überraschung mehr: Die A+R GmbH liegt mitten in einem Wohngebiet. Wichtigstes Firmeninventar sind ein Telefon und der Briefkasten. Denn auch die "Abfall und Recycling GmbH" **vermittelt** nur die Beseitigung von Müll jeglicher Art.

Wieder ein Anruf bei RM-Trans GmbH. "Nein, mit der Firma Abfall und Recycling haben wir nichts zu tun, die würden wohl gerne mit uns Geschäfte machen.".. "Wohin wandert denn dann der Hunsrükker Kunststoffmüll?". Wieder keine Antwort.

Mit einigen Tricks erfahren wir es doch: Wichtigster Abnehmer ist die Firma Philipp in Bensheim.
Endlich etwas konkretes. Wieder ans Telefon, 01188 gewählt. Die nette Stimme von der Telefonauskunft: "In Bensheim gibt es bei unseren Einträgen keine Firma Philipp".
Ist es möglich? Eine Firma die tausende Kubikmeter Kunststoffe recycelt, steht noch nicht einmal im Telefonbuch? Weitere Recherchen ergeben, die Firma "Recycling und Dienstleistungsservice Philipp" ist im Bensheimer Telefonbuch nur unter der privaten Telefonnummer von Horst-Jürgen Philipp eingetragen.
Was schon zu befürchten war: Auch die Firma Philipp macht kein Kunststoff Recycling.
In Bensheim wird der Kunstoff lediglich zerkleinert und mit einer Schnecke zu Granulaten verdichtet. So verdichtet läßt sich der Kunststoff viel preiswerter über weite Strecken transportieren, ins Ausland, zum Teil nach Frankreich, wie Horst-Jürgen Philipp offen einräumt.



***Plastikmüll:** Beginn einer langen und dunklen Reise*

Natürlich gibt es auch in Frankreich keine Technologie um diese unsortierten Altkunststoffe sinnvoll zu recyceln.
So landet also beispielsweise der von einer umweltbewußten Konditor in Mastershausen sorgfältig ausgespülte Joghurtbecher auf einer Deponie in Frankreich oder die alte Plastikdose von Oma Schmitt irgendwo in Europa in einem Verbrennungsofen.

Ein Transportunternehmer versuchte für das HUNSRÜCK-FORUM herauszufinden, wie und wo unsortierte Altkunststoffe aus Hausmüllsammlungen überhaupt noch abgenommen werden.
Es erwies sich als ein sehr schwieriges Unterfangen. Fast überall Fehlanzeige, sobald ein Entsorgungsnachweis für das Recycling gefordert wurde.
"Lassen Sie ja die Finger davon" wurde sogar geraten, "ein ganz heißes Eisen". Oder: "Seit in Hessen die Rot-Grünen dran sind, ist es noch schwieriger. Seien Sie froh, daß Sie in Rheinland-Pfalz sind."
"Ja wenn das sortenrein wäre, aber Kunststoff aus Hausmüllsammlungen, das nimmt Ihnen niemand mehr ab."
Die Firma Philip würde, vorbehaltlich dem Ergebnis einer Stichprobenuntersuchung, den Kunststoffmüll unsortiert annehmen. Dafür würden dann etwa satte 900,- DM pro Tonne Altkunststoff in Rechnung gestellt.
Eine Lieferung auf die Deponie in Kirchberg käme mit 70 Märkern immerhin nur auf das Nullkomma-null-achtfache dieser stolzen Summe. Die Transportkosten nach Bensheim nicht mit eingerechnet. Viel Spielraum für dubiose Geschäftemacher und zwielichtige Müllverschieber.

Das gewaltige Kunststoff Zwischenlager der Firma FREY in Simmern soll nach Informationen aus Bensheim möglichst bald **"abgewickelt"** werden. Landrat Betram Fleck sollte dann den Bürgerinnen und Bürgen seines Kreises ganz genau erklären können, was damit geschehen ist.

Gerade hat sich Bundesumweltminister Töpfer mit seiner neuen Verpackungsverordnung wieder geweigert, eine Kennzeichnungspflicht für Kunststoffe einzuführen.
Auch ein längst überfälliges Verbot von PVC wird es nicht geben.
Die Quote für Mehrwegpflaschen erbost besonders Bayerns Umweltminister Gauweiler: In Bayern werden schon heute 90 Prozent der Bier- und Wasserflaschen im Mehrwegsystem verkauft. Töpfer hat nur eine mittlere Mehrwegqoute von 72 Prozent im neuen Gesetz festgeschrieben.

Der von Töpfer jetzt durchgesetzte Weg in die "duale Müllwirtschaft", der Verpackungsindustrie und Handel grundsätzlich auf die Rücknahme ihrer Produkte verpflichtet, hat Haken.
Zwar fordert nun auch Töpfer nach Druck aus den Rot-Grün regierten Bundesländer den Vorrang der "stofflichen Verwertung" vor der Müllverbrennung, aber wie wird dieser Vorrang sichergestellt?
Heute funktioniert für die Masse des Sammelsuriums aus diversen Kunststoffen im Hausmüll noch keine sinnvolle Recycling Technologie. Von der Industrie gibt es lediglich zahlreiche Ankündigungen.
Ein ideales Klima für dubiose Geschäftemacher und Müllverschieber. Das Problem muß an der Ursache angepackt werden. Bei der Industrie, dort wo der unnötige Müll produziert wird.

• Reinhard Sczech

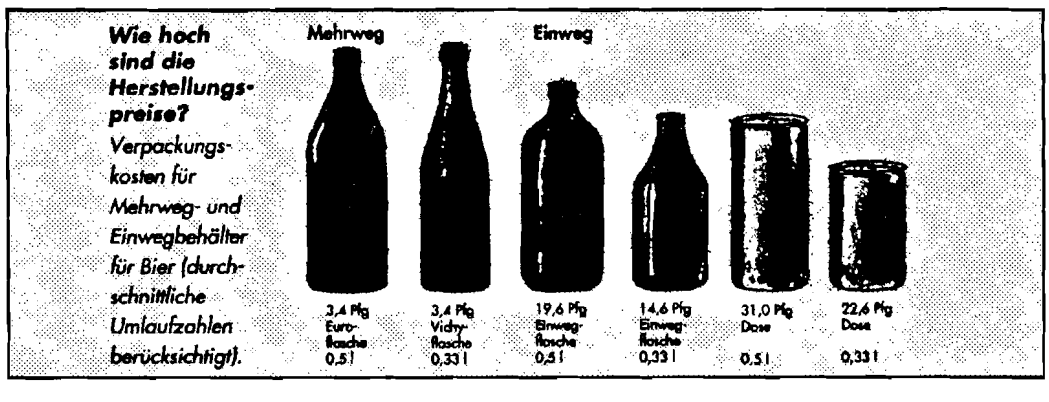
Anmerkung:
Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein HF-EXTRA zur Müllprblematik bei, Es wurde im gesamten Rhein-Hunsrück-Kreis verteilt. Dieses Thema wird uns auch noch in den nächsten Ausgaben beschäftigen.

Pfandpflicht für PET Flaschen:

Schöne neue Plastikwelt

40.000 Tonnen Hausmüll produzieren die Hunsrücker in jedem Jahr. Darunter in steigendem Maße Abfall aus Getränkeverpackungen. Der Müllberg wächst und statt den Müll möglichst zu vermeiden, wird zunehmend zur Einwegflasche gegriffen: Zwischen 1970 und 1982 ist der Anteil der Mehrwegflasche von 90 auf 76 Prozent zurückgeggangen. Der Trend ist ungebrochen. 1986 waren nur noch 74 Prozent der Getränkeverpackungen mehrfach benutzbar.

Mineralwasser, Erfrischungsgetränke, Bier und selbst Wein werden immer öfter aus Weißblech, Aluminium, PVC, PET, Verbundkarton und Einweg-Glasflaschen konsumiert. Und nicht nur der Prozentanteil, sondern auch die Stückzahlen der Einwegflasche steigt: Einweg-Glasflaschen, Dosen, Block- und Verbundpakkungen (z.B. die Milchtüte) werden in immer größerem Umfang produziert. Genauso wie Kunststoffflaschen, besonders aus PVC für stille Wasser und auch PET für Limonade und Saft. Einweg-Flaschen und Dosen sind Spitzenreiter bei der Getränkeproduktion, gefolgt von Verbundpackungen. Weniger als ein Drittel der Getränke wird im Mehrweg-System abgefüllt.



Mehrweg-Lüge PET-Flasche

Den größten Müllflop des letzten Jahres hat Umweltminister Töpfer initiiert: Die Pfandpflicht für PET-Flaschen ("Die leichte Mehrweg"), Ziel war, daß die Plastikflaschen wiederverwertet werden sollen. Doch gibt es derzeit kein geeignetes Verfahren, aus den Plastikflaschen auch wieder Plastikflaschen herzustellen. Darüberhinaus halten viele Experten dies generell für undurchführbar. So landen die PET-Flaschen meist nach einmaligen Gebrauch in der Müllverbrennungsanlage, oder werden "bestenfalls" zu minderwertigem Kunststoff verarbeitet. Die Töpfer-Initiative ist ein ökologischer Bumerang: Die Pfandpflicht suggeriert dem Verbraucher, er unterstütze ein Mehrwegsystem, das es gar nicht gibt, gleichzeitig wird die Einwegflasche zum Nachteil der Mehrweg-Glasflasche gefördert.

Etikettenschwindel

Neuster Etikettenschwindel in Sachen Müllvermeidung ist die gerade vom Bundeskabinett verabschiedete "Verordnung über die Vermeidung von Verpackungsabfällen"". Diese Verordnung verhindert kein einziges Gramm Müll. Aber auch hier wird durch die Ausweitung der Pfandpflicht auf ein buntes Sammelsurium von Einweggebinden der Unterschied zu echten Mehrweg-Verpackungen verwischt.

Doch nicht nur das. Die "Verpackungsverordnung" empfiehlt sich geradezu als Lieferant für private Müllverbrennungsanlagen. Denn in der Verordnung heißt es, daß nur noch Verpackungen "die nach Gebrauch für eine erneute Verwendung zum selben Zweck **oder für eine stoffliche oder thermische Verwertung außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung** geignet sind" verkauft werden dürfen.

Schon im Frühjahr 1990 hat die Bundesregierung dafür die geeigneten Voraussetzungen geschaffen: Um den wachsenden Widerstand gegen Müllverbrennungsanlagen zu umgehen, legalisierte die Regierung, daß in Kraftwerken, Zementöfen und Kupferhütten Müll verbrannt werden kann. Die Verpackungsverodnung sorgt nun für das nötige Brenngut.

Jetzt kann das Gemisch von Kunststoffverpackungen vom Handel eingesammelt und vorbei an der öffentlichen Abfallentsorgung direkt von den Betreibern von Verbrennungsanlagen angedient werden. Mit der "Verpackungsverordnung" wird der öffentlichen Hand die Müllentsorgung weitgehend entzogen. Die Möglichkeiten von Kommunen, Ländern und Bund, auf Menge und Zusammensetzung des Mülls Einfluß zu nehmen, werden damit stark beschnitten. Diese "duale Abfallwirtschaft" rettet unsere schöne neue Plastikwelt ins nächste Jahrtausend.

Ausweg

Die einzige Möglichkeit, dem Mülldilemma zu entgehen, ohne auf wildes privates Müllverbrennen zurückzugreifen ist:

- nicht wiederverwertbare Verbundverpackungen sofort zu verbieten;
- PVC nicht mehr als Verpackungsmaterial zuzulassen;
- eine bestimmte Mindestquote für Mehrwegflaschen festzulegen, die die Getränkehersteller verpflichtet;
- die Zahl der verwendeten Kunststoffe zu verringern, eine Kennzeichnungspflicht einzuführen und die Einfärbung von Kunststoffen zu verbieten.

Gegen den Müllberg

Mit dem Antrag, eine kommunale Steuer für Getränkeverpackungen einzuführen, ließe sich der wachsenden Müllflut entgegentreten. Gemeinden können beschließen, daß durch diese Steuer die Einwegverpackung, gestaffelt nach der

Umweltverträglichkeit, bzw. -unverträglichkeit, verteuert werden. Damit kann das Mehrweg-System gefördert und das Abfallaufkommen verringert werden.
Im Unterschied zu einem Pfand wird durch die Verteuerung von Einwegflaschen direkt auf das Kaufverhalten des Einzelnen eingewirkt und greift nicht erst bei der Abfallentsorgung.
Rechtliche Grundlage dieser Verpakkungssteuer bildet das Kommunalabgabengesetz von Rheinland-Pfalz, daß es den Gemeinden erlaubt, örtliche Verbrauchs- und Aufwandssteuern zu erheben, wenn diese nicht mit Bundes-Steuern konkurrrieren.

Irene Kerchner,
Büro für Umweltinformation, Partenheim

Biokompost

Kirchberg. Eine moderne Anlage zur Kompostierung für Biomüll wird in Kirchberg gebaut. Kirchberg bekommt dadurch einige Mehreinnahmen an Gewerbesteuern und fünf krisenfeste Arbeitsplätze.

Obwohl Kirchberg schon wegen der Randlage im Rhein-Hunsrück-Kreis nicht der ideale Standort ist, wurde diese Entscheidung getroffen, denn mit diesem Zuckerbonbon soll den Kirchbergern die Zustimmung zur neuen Mülldeponie versüßt werden.
Mit Fertigstellung der Anlage ist Mitte 1993 zu rechnen. Die Kapazität ist für 10.000 Tonnen Biomüll und 3.000 Tonnen Gartenabfälle ausgelegt. Das wären etwa 30 Prozent des Hausmüllaufkommens im Rhein-Hunsrück-Kreis. Leider wird diese Anlage erst fertig, wenn die beiden einzigen Mülldeponien des Rhein-Hunsrück-Kreises schon überlaufen. Eine schnellere und vorausschauende Planung hätte diese Deponien schon viel früher deutlich entlasten müssen.

Die jährlichen Betriebskosten für die Biomüll Kompostieranlage dürften zwischen drei und vier Millionen DM liegen. Ungeklärt ist noch, wie diese Summe über die Müllgebühren gedeckt werden. Immerhin haben sich inzwischen bald zweitausend Haushalte einen Schnellkomposter für den eigenen Garten zugelegt. Zahlt der "hundertprozentige Eigenkompostierer" genauso viel wie der, der sich nur auf die öffentliche Müllabfuhr verläßt?

Hunsrück Spitze

Die strukturschwachen Hunsrücker waren, was die Produktion von Haus- und Gewerbemüll angeht, 1989 Spitze:
748 kg Müll pro Jahr und Einwohner. Das sind 11,5% über dem Landesdurchschnitt von Rheinland-Pfalz.
Eine Ursache dürfte in der krassen Fehlentscheidung von 1984 für die Umstellung von 50- auf 240-Liter Mülleimern liegen.
Was 1984 der Rheinböllener Bürgerinitiative "Zwickmüll" kein Hunsrücker Spitzenpolitiker glauben wollte, wird nun regierungsamtlich bestätigt:
Landkreise mit den kleinen Tonnen haben durchschnittlich 27% weniger Hausmüllaufkommen. Erläuterung von Professor Scheffold, der in der Abfallbilanz von Rheinland Pfalz für 1989 die Zahlen publiziert hat: "Dieses Ergebnis verdeutlicht das Bedürfnis der Bevölkerung, Gartenabfälle kostengünstig und bequem entsorgt zu bekommen. Dies ist der Grund für die hohe Aktzeptanz der Biotonne im ländlichen Entsorgungsbereich"

(Quelle: Ministerium für Umwelt und Gesundheit, Mainz, Okt. 1990)

Rechenfehler

Die Hunsrücker "Alp(müll)träume" sind anscheinend erheblich niedriger wie die Kreisverwaltung selber ausgerechnet und an die Bezirksregierung gemeldet hatte. Nachdem das HUNSRÜCK-FORUM in einem "Extrablatt" von einem gewaltigen Anstieg im Gewerbemüllaufkommen berichtet hatte und so für Unruhe sorgte, wurden die Zahlen noch einmal intern und von der Firma FREY überprüft. Dabei wurde ein gravierender Rechenfehler gefunden. Die echten Zahlen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Der peinliche Fehler wird wohl dazu führen, das auch in der Hunsrücker Verwaltung nicht nur Computer gekauft, sondern auch benutzt werden.
Obwohl der Verwaltung seit 1989 von dem Mainzer Umweltministerium ein integriertes Programmpaket zur Müllerfassung angeboten wird, läuft die Arbeit in Simmern immer noch über Papier und Bleistift.
Nicht nur bei der Redaktion des HUNSRÜCK-FORUMS, auch bei der Bezirksregierung wundert man sich über Rechenfehler von mehreren tausend Tonnen Müll.

Erzwingt die Stadt Kirchberg vom Kreis eine Müllvermeidungspolitik?

Interview mit Axel Weirich, Stadtrat für die Grünen in Kirchberg

Hunsrück-Forum: Wenn die Zahlen stimmen, und der Gewerbemüll innerhalb eines Jahres um 30% zugenommen hat - wie kommt so eine Steigerung Deiner Meinung nach zustande - und welche Auswirkungen hat dies auf die Entwicklung der Mülldeponie Kirchberg?

Weirich: Wir müssen wohl einmal darüber nachdenken, ob es nicht ein lukratives Geschäft für Gewerbebetriebe außerhalb des Rhein-Hunsrück-Kreises und Entsorgungsunternehmen ist, den Gewerbemüll zum halben Preis auf den Hunsrücker Deponien abzuladen. Wenn beispielsweise im Westerwald die Tonne Müll 150 DM kostet und im Hunsrück nur 70 DM, wäre mit Mülltourismus einiges an Geld zu verdienen.

Diese Steigerung des Gewerbemülls bedeutet ganz einfach, daß die Kapazität der Kreismülldeponie Kirchberg früher als erwartet erschöpft sein wird und der Kreis demnächst vor dem Müllnotstand steht.

Hunsrück-Forum: Was bedeutet das für die Stadt Kirchberg?

Weirich: Das bedeutet, daß die Stadt Kirchberg einfach aufgrund der Tatsache, daß die geplante Erweiterung auf ihrer Gemarkung stattfinden soll, ein sehr gutes Mittel hätte, den Kreis zu einer Müllvermeidungspolitik zu zwingen. Wenn nämlich dieses ganze Planfeststellungsverfahren, das im Zusammenhang mit dieser Erweiterung folgt, in die juristischen Instanzen geht, dann wird sich das über Jahre hinziehen. Und das bedeutet, daß der Kreis nicht mehr wissen wird, wo er seinen Müll ablagern soll. Die Stadt hätte ein sehr gutes Mittel, Druck auf den Kreis auszuüben, endlich das umzusetzen, was das Abfallwirtschaftsgesetz vorschreibt. Da steht klar drin: Vermeidung hat Vorrang vor Verwertung und Verwertung hat wiederum Vorrang vor Endlagerung.

Hunsrück-Forum: Der Kreis möchte die Deponie erweitern, die Stadt möchte das vorerst nicht. Wird denn die Stadt dem Druck, der ja angesichts der schnelleren Kapazitätsauslastung des Deponieraums zunehmen wird, standhalten können?

Weirich: Ich fürchte zunächst einmal nein, weil unglücklicherweise ausgerechnet die SPD oder zumindest mehrheitlich die SPD im Stadtrat schon signalisiert hat, daß sie mit der geplanten Erweiterung einverstanden ist. Es wird vermutlich so ausgehen, daß der Kreis der Stadt Kirchberg irgendwelche, sagen wir einmal, "Kompensationsgeschäfte" für ihre Zustimmung zur geplanten Erweiterung der Mülldeponie anbieten wird. Zum Beispiel ist die Einrichtung eines Kinderhortes in Kirchberg im Gespräch. Und gerade hat ja der Kreisausschuß beschlossen, die Kompostierungsanlage in Kirchberg anzusiedeln. Und so auf dieser Schiene werden dann sowohl die CDU, die sowieso schon für das Projekt ist, wie auch die anderen Parteien, die mit uns Grünen zusammen gegen die Erweiterung waren, mit der Zeit wohl umfallen und der Erweiterung zustimmen. Die Stadt erkennt leider nicht, welch gutes Druckmittel sie gegenüber dem Kreis in Sachen Müllpolitik hat.

Hunsrück-Forum: Wie sieht denn das ganze Vorgehen rein formaljuristisch in Sachen Mülldeponie aus?

Weirich: Zunächst hat die Stadt im Rahmen des raumplanerischen Verfahrens nach § 18 des Landesplanungsgesetzes gesagt, daß sie einer Erweiterung der Kreismülldeponie auf ihrer Gemarkung nicht zustimmt. Darüber hat sich die Bezirksregierung, die Herr des Verfahrens war, hinweggesetzt, und hat dem Kreis grünes Licht für die Erweiterung gegeben. Das bedeutet nur, daß die geplante Erweiterung an dieser Stelle mit der Raumplanung des Landes übereinstimmt. Was jetzt folgt, ist ein förmliches Planfeststellungsverfahren, in dem der Kreis die Pläne offenlegen muß und wo Anlieger, Kommunen und alle Betroffenen die Möglichkeit haben, gegen diese Pläne Einspruch einzulegen. Ich denke, daß es einige Anlieger und auch Kommunalpolitiker in Kirchberg geben wird, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden, und daß die ganze Planung und somit auch die Erweiterung durch die juristischen Instanzen gehen wird. Die jetzt vorliegende Planung entspricht sowieso nicht dem heutigen Stand der Deponietechnik und -sicherheit. Der Kreis wird sich für die nächsten Jahre abschminken können, diese Mülldeponie zu erweitern.

Mit Axel Weirich sprach Barbara Müller.

Belém/Brasilien

Recht für die Armen?

In den Slums der Millionenstadt Belém bedeutet »Brot« auch die soziale und wirtschaftliche Stärkung der Ärmsten. Die von Ort zu Ort fliehen, vertrieben werden – auf der Suche nach einer Existenzmöglichkeit. Rechtlos, arbeitslos, hoffnungslos.
BROT FÜR DIE WELT unterstützt die evangelische Kirche bei ihrer Arbeit in den Elendsvierteln, in ihren Rechts- und Gesundheitszentren, bei Programmen zur Familienplanung und zur Müllbeseitigung, bei der Anleitung zur Gründung kleiner Konsumgenossenschaften...

Brot für die Welt

KONTO 500 500 500

Postgiro Köln oder Banken und Sparkassen. Bei vielen Kreditinstituten liegen vorgedruckte Spendenzahlscheine aus.
Postf. 10 11 42 · 7000 Stuttgart 10

500 Studenten bringen mehr als 5000 Franzosen

Ausschlaggebend für die Formulierung dieses Artikels sind die meines Erachtens meist undifferenzierten Äußerungen von Lokal- und Landesolitikerinnen und -politikern aller Couleur zu den Auswirkungen von Truppenabbaumaßnahmen in den ländlichen Regionen. Ziel des Artikels ist eine Versachlichung der laufenden Diskussion, daneben soll aufgezeigt werden welche Wege möglich sind, die ökonomischen Folgen der Abrüstungsmaßnahmen zu reduzieren. Zuerst sollten sich die Politikmatadoren überhaupt einmal klar werden, was Sie überhaupt wollen. Wollen sie nur die Arbeitsplätzte und die Kaufkraft, die durch den Abzug der Amerikaner verloren gehen, erhalten oder gibt es ein Interesse an einer Regionalentwicklung, die weitergreift, als die Substitution von Arbeitsplätzen und Kaufkraft? Wollen Sie nur das erste, so ist aus wirtschaftsliberaler Sicht zu sagen, daß ist ein ganz normaler Strukturwandel, Punkt aus!

Wieso also das ganze Drama. Na ja, seit Rheinhausen weiß man, daß medienwirksame Aktionen die Subventionstöpfe öffnen. Wollen unsere Politiker eine andere Art regionaler Wirtschaftsentwicklung, frage ich mich, was hat das mit dem Flugplatz Hahn zu tun? Erst einmal gar nichts, weil es darum gehen muß, wie unabhängig von heutigen Strukturproblemen dauerhafte Arbeitsplätze wieder in den ländlichen Regionen geschaffen werden können. Natürlich können die ökonomischen Nachteile, die mit der Schließung des Hahns verbunden sind, nicht verharmlost werden. Aber mich nervt die permante Reduktion des ökonomischen Problems des Hunsrücks auf die Frage: „Bleibt der Hahn als Militäranlage erhalten oder wird er geschlossen?"

Die IHK Trier stellte beispielsweise fest, daß nur 6,2% des Gewerbes im hochgradig militärverseuchten Regierungsbezirk Trier mehr als 10% Umsatzabhängigkeit von den Streitkräften besitzen, hingegen 55% des verarbeitenden Gewerbes überhaupt keine Geschäftsbeziehungen zu den Militärs haben. Zudem zeigt die Tendenz der IHK Untersuchung auf, daß 500 Studierende an den Trierer Hochschulen mehr für die lokale Wirtschaftskraft bringen als 5000 Militärfranzosen. Noch ein Argument dafür, daß es keine Katastrophe ist, daß der Hahn geschlossen wird ist, daß die Miltärabhängigkeit des Hunsrücks nicht einmal 10% beträgt, größere Probleme haben da Landkreise wie Birkenfeld oder Kaiserslautern, die bis zu 40% vom Militär abhängig sind. Natürlich wird es im Raum Kirchberg-Sohren-Büchenbeuren zu wirtschaftlichen Verlusten kommen, diese beziehen sich aber nur auf bestimmte Branchen, Sektoren und Beschäftigte. Angesichts eines Dollarkurses von unter 1,50 DM können sich die Amerikaner im Moment sowieso keine deutschen Waren leisten. Mit Ausnahme des KFZ-Gewerbes und des Baugewerbes ist die Abhängigkeit der meisten Branchen vom Militär gering. Während die Industrie aufgrund der amerikanischen Konsumgewohn-heiten von US-Produkten keine gravierenden Nachteile zu erwarten haben, wird es in Handwerk, Handel und bei den Dienstleistungen zu Einbußen kommen. Da muß gleichzeitig darauf hingewiesen werden, daß die Unternehmen oft selbst daran Schuld sind, sich auf nur ein Klientel zu versteifen.

Seit den 50er Jahren gibt es in USA innenpolitische Bestrebungen, die Streitkräfte aus Übersee abzuziehen. Die deutschen Medien berichteten permanet darüber. Eine kurzsichtige Unternehmenspolitik führt jetzt zu den beklagenswerten Zuständen. Wer sich als Unternehmer darauf engestellt hat, daß die Amis ewig bleiben, hat grundlegende Lektionen unternehmerischen Handelns nicht kapiert. Nicht viel klüger sind da die Vermieter, die sich ihre Häuser durch die Mieteinnahmen von Amerikanern finanzieren lassen wollten. Der Abzug wird auch positive Auswirkungen auf den Mietwohnungsmarkt haben, die Mieten sinken, das Angebot wird besser. Die betroffenen Beschäftigten sind da wohl noch am schlechtesten dran; je nach Qualifikation gibt es aber auch erhebliche Chancen alternative Arbeitsplätze zu finden.

Wie der „Hunsrücker-Standard-Heizer" vom Hahn jedoch einen anderen Job bekommen soll, ist fraglich. Vielleicht hat aber auch unser FDP-Sausewind Brüderle einmal nix dummes gesagt, als er die englischen Sprachkenntnisse als gute Arbeitsmarkt-Ressource nannte. Vielleicht siedeln sich ausländische Produktionsunternehmen auf dem Hunsrück an, weil die Arbeitnehmer die „internationale" Sprache beherrschen. Den weltfremden Unsinn, den manche Politiker zum Hahn verzapfen, wie die Umwandlung in einen Zivilflughafen, will ich hier gar nicht erst diskutieren. Auch eher realistische Optionen, wie der Industrie- und Handwerkspark auf dem Flugplatzgelände, sind mit Vorsicht zu genießen.

Eine Grundvoraussetzung ist, daß der Subventionsregen weiter fällt. Erstens muß das Gelände dem Bund abgekauft werden -der Bund verschenkt ja nichts.

Zweitens müssen die noch unbekannten Altlasten entsorgt werden. Die Summe dieses „Spaßes" ist noch überhaupt nicht abzusehen. Erst wenn sehr viel Geld ausgegeben ist, können sich potentielle Interessenten auf dem Hahn ansiedeln. Auch wenn das Gelände verschenkt wird, ist es fraglich, ob sich jemand im hinterenen Hunsrück ansiedeln will.

Auch die Gelände an der A 61 werden quasi verschenkt und obendrein ist dort eine Gewerbesteuerbefreiung vorgesehen. Es ist auch bei Erfüllung eben genannter Voraussetzungen müßig darüber zu spekulieren, ob sich die Betriebe, die sich auf dem ehemaligen Militärgelände ansiedeln, rentabel arbeiten. Jede vierte Unternehmensneugründung in der Bundesrepublik macht über kurz oder lang pleite.

Meines Erachtens kann nur eine radikale Verteuerung von Transportkosten dazu führen, daß sich die Region selbst am Leben hält. Die Annahme, daß steigende Transportkosten zu Lasten von ländlichen Regionen geht, ist nur teilweise richtig, da billige Transportkosten auch Nachteile für das Land bringen. Billige Transportkosten führten dazu, daß in den letzten 30 Jahren die Arbeitsplätze und die Kaufkraft vom Hunsrück nach Mainz und Koblenz verlagert wurden. Nur teure Transportkosten können die Wirtschaftskraft von ländlichen Regionen stärken, dann lohnt sich eine Produktion vor Ort für den lokalen Markt.

Als Fazit ist zu sagen: Es ist reine Spekulation, was nach der Schließung kommt. Jedes populistische Gequatsche über eine zivile Nutzung der Air-Base sollte verstummen, solange Unklarheit über realistische Finanzierungsmöglich-keiten herrscht. Die Politik sollte nur durch die Setzung von günstigen Rahmenbedingungen, wie der Erhöhung von Transportkosten und der finanziellen Förderung, dazu beitragen, daß sich der ländliche Raum entwickelt. Ein nicht unrealistisches Szenario für den Hahn ist, daß sich Bund, Land und Gemeinden lange über die Kosten der Altlastensanierung streiten werden, was eine schnelle Umnutzung verhindert. Und wenn sich dann die ersten Kibitzkolonien auf stillgelegtem Air-Base-Gelände niedegelassen hat, kommt die Idee ein Naturschutzreservat einzurichten. Das ist die einfachste, billigste und vielleicht auch beste Lösung. Diese Aussage ist unpopulär, entbehrt aber nicht unbedingt einer vernunftsorientierten Grundlage.

Markus Braun

(AW) - Nachfolgend veröffentlichen wir den Aufruf der Friedensbewegung zum Völkermord an den Kurden. Er wurde vom Netzwerk Friedenskooperative in Bonn herausgegeben. Hoffentlich reicht dieser Aufruf aus, alle die zum Schweigen zu bringen, die immer noch nicht begriffen haben, daß die Friedensbewegung grundsätzlich und immer gegen Gewalt als Mittel der Politik eintritt - insbesondere auch jetzt beim von den Golfkriegsalliierten geduldeten Völkermord Saddam Husseins an den Kurden.

Appell aus der Friedensbewegung: **Laßt die Kurden leben !**

• *Humanitäre, medizinische und politische Unterstützung für das kurdische Volk*

• *Gerechte, friedliche und demokratische Lösungen für die Region*

Ca. 3 Millionen Menschen im Irak - Kurden, Araber und Turkmenen - sind auf der Flucht und werden dabei von Saddams Soldateska mit Napalm, Phosphor und Giftgas angegriffen. Tausende wurden getötet oder starben auf der Flucht, Zehntausende sind verletzt. Die kurdischen Dörfer und Städte im Irak sind verwüstet. Die Überlebenden haben keine Unterkunft, keine medizinische Versorgung, nichts zu essen. Die Fliehenden haben nur ungewisse Hoffnung, in die Türkei oder den Iran zu gelangen und dort Hilfe zu finden. Wir dürfen den Völkermord in Kurdistan nicht zulassen. Rettet die Flüchtlinge! Öffnet die Grenzen, gewährt Zuflucht, Unterkunft, ärztliche Hilfe und Nahrung! Laßt die UNO-Hilforganisationen und Menschenrechtsorganisationen vor Ort helfen! Wir appellieren an die Bundesregierung und die EG-Staaten, entsprechenden Druck besonders auf die der EG assoziierte Türkei auszuüben und selbst wesentlich mehr medizinische und humanitäre Überlebenshilfe für die Zivilbevölkerung und die flüchtenden Kurden zur Verfügung zu stellen. Ein minimaler Bruchteil der großzügigen Zahlungen für den Golfkrieg reicht für seine Folgen bei weitem nicht. Eine Luftbrücke der Bundeswehr und die Aufnahme von Verwundeten - insbesondere der Kinder - in Krankenhäuser der Bundesrepublik ist erforderlich. Die Betreuung der Flüchtlinge soll dem Hohen Flüchtingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) unterstellt werden. Es sollte garantiert werden, daß die internationale Gemeinschaft für die Kosten der Flüchtlingshilfe aufkommt. In der Bundesrepublik muß sofort ein Abschiebestop für alle kurdischen Asylsuchenden beschlossen werden. Die UNO muss die unbehelligte Rückkehr der Flüchtlinge ermöglichen. Das 30 Millionen Menschen zählende kurdische Volk hat keine Lobby. Im Golfkrieg wurde es wie schon so oft als Manövriermasse für fremde Machtinteressen mißbraucht. Die USA haben Kurden und Schiiten zunächst zum Aufstand aufgefordert, scheinen aber jetzt am Machterhalt des für ihre Interessen „gezähmten" Diktators Saddam Hussein interessiert. Den Republikanischen Garden haben sie den Weg zur Niederschlagung der Aufstände im Süden des Landes freigemacht. Damit tolerierten sie die Unterdrückung des Aufstands und den Völkermord. Es erging lange nicht einmal eine Aufforderung an den Irak, das Waffenstillstandsabkommen nicht weiter durch die Angriffe mit Flugzeugen und Hubschraubern gegen die Bevölkerung zu verletzen. Beendet die stille oder offene Kumpanei mit Saddam Hussein! Verlangt sofort und eindeutig den Stop des Mordens! Wir appellieren an den UN-Sicherheitsrat, die Resolution gegen den Massenmord mit konkreten Maßnahmen zu füllen. Verschärft die Kontrollen zur Einhaltung des Waffenembargos. Das Wirtschaftsembargo darf außerhalb humanitärer Maßnahmen nicht gelockert werden. Auch für das kurdische Volk muß es endlich ein Selbstbestimmungsrecht geben. Frieden in der Region kann nur entstehen, wenn für alle grundlegenden Fragen und Krisenursachen eine realistische und gerechte Lösung gefunden wird. Dies betrifft vor allem die Konflikte Palästina, Kuwait, Libanon und Kurdistan sowie die Existenz Israels in sicheren und anerkannten Grenzen. Beruft endlich eine Nahost-Friedenskonferenz ein! Laßt die legitimen Vertreter des palästinensischen und kurdischen Volkes daran teilnehmen! Vereinbart substantielle Abrüstung und die Befreiung der Region von ABC-Waffen! Fördert Demokratie statt Diktatoren! Helft bei der Bekämpfung der ökologischen Katastrophe statt mit Kriegsgerät zur Bekämpfung der Menschen. Wir appellieren an die Bundesregierung, den UN-Sicherheitsrat, die arabische Liga und Israel, entsprechende Lösungen zu fördern und eine solche Konferenz zu ermöglichen. Wir müssen jetzt alles in unserer Macht stehende tun, um die dringendste Hilfe und Solidarität für das kurdische Volk politisch und materiell zu leisten und eine gerechte, friedliche und demokratische Lösung zu fördern. Wir appellieren an Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Verbände und Organisationen sowie an alle unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, sich durch öffentliche Äußerungen und Aktionen für die Interessen der Kurden einzutreten und Hilfe für die von Hunger und Zerstörung betroffene Bevölkerung zu leisten. Der Appell wird von folgenden Gruppen und Organisationen getragen:

Aktionskreis Frieden am Golf und kurdische Gruppen Dortmund; Arbeitskreis Darmstädter Signal; Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF); Bonner Friedensplenum; Bremer Friedensforum; Bürgeraktion Garstedter Heide; Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL; Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz; Christen für Abrüstung; Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) BundessprecherInnenkreis, Evangelische StudentInnengemeinden (ESG)-West; Friedensinitiative Nottuln; Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel; Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei e.V. (GDF); DIE GRÜNEN-Bundesvorstand; DIE GRÜNEN NRW; DIE GRÜNEN KV und Fraktion Bonn; Gesellschaft für bedrohte Völker -Gruppe Bonn; Forum InformatikerInnen für Frieden (FIFF); Initiative Kirche von unten; Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS); Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) Deutsche Sektion; Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) NRW; Internationaler Versöhnungsbund -deutscher Zweig; Jungdemokratlnnen Bundesverband; Kampagne Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen; Katholische Junge Gemeinde (KJG)-Bundesleitung; Vereinigung der kurdischen Arbeitervereine in der BRD e.V. (KOMKAR); Koordinationsausschuss der Mannheimer Friedensbewegung (MAFA); LAG Christinnen und Christen bei den GRÜNEN NRW; MitarbeiterInnen Bildungswerk für Friedensarbeit Bonn; Naturfreundejugend Deutschlands; Ökofonds der GRÜNEN NRW; Ohne Rüstung Leben; Ostermarschkreis Hessen; Partei des demokratischen Sozialismus (PDS), Präsidium; Pax Christi - Deutsche Sektion; Pax Christi Gruppe Wangen; Rechtshilfefonds für AusländerInnen e.V.; Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SodZDL); Sozialistisches Forum; terres des hommes; Solidaritätsverein für Demokratie und Menschenrechte in der Türkei (TUDAY); Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten

Spenden für humanitäre Soforthilfe bitte auf die Konten von:
Medico international, Postgiroamt Köln 6999-508 (BLZ 370 100 50) oder Frankfurter Sparkasse Konto 1800 (BLZ 500 501 02), Stichwort „Kurdistan".

Die Tragödie der Kurden - was können wir tun?

Innenpolitische Schlammschlacht

Müssen diejenigen, die gegen den Golfkrieg demonstriert haben, nun auch gegen den Völkermord an der kurdischen Bevölkerung im Irak demonstrieren? Diese Erwartung wird an Menschen herangetragen, die sich in der Friedensbewegung engagieren. Auch Mitgliedern der Hunsrücker Friedensbewegung ist die Frage gestellt worden, einmal bisher sogar als anonymer Anruf. Es schwingt der Vorwurf mit- manchmal wird er auch ausgesprochen - nur gegen "die Amerikaner" mit Demonstrationen schnell bei der Hand zu sein.

Gegen diesen Vorwurf und die generelle Zuständigkeit für Demonstrationen haben sich Menschen zur Wehr gesetzt. Sie führen aus:

O Demonstrationen gegen Saddam Hussein würden zwar Beifall finden, aber nichts ausrichten, weil sie den Adressaten gar nicht erreichten.

O Der Vorwurf wird als Waffe in der innenpolitischen Auseinandersetzung gebraucht, denn es geht gar nicht darum, den Kurden zu helfen und das Völkerrecht zu schützen. Diejenigen, die die Vorwürfe erheben, sind aufgefordert, das Ihre hierbei zu tun. "Die Friedensbewegung" ist keine geschlossene Gesellschaft, sondern offen für alle, die aktiv werden.

O Ein Protest ist darauf gerichtet, im eigenen Land Veränderungen zu erreichen und richten sich vornehmlich an die Verantwortlichen hier.

O Die Friedensbewegung ist nicht die "institutionaliserte Moral" und nicht die "Dauerdemonstranten der Miseren der Welt", sondern besteht aus vielen Gruppen und Einzelpersonen, die ihr politisches Engagement hauptsächlich in ihrer Freizeit ausüben. Sie pauschal für Demonstrationen verantwortlich zu machen, geht an der Wirklichkeit dieser sozialen Bewegung vorbei, zumal über sehr viele Aktivitäten in den Medien gar nicht berichtet wird.

O daß sich Kritik häufig an der Politik der USA entzündet, liegt daran, daß sie die westliche Vormacht sind, und im konkreten darin, daß die USA einen Hauptanteil an der Entscheidung trugen, den Konflikt im Golf militärisch und nicht politisch-diplomatisch auszutragen.

O Die Politiker und Journalisten sind als Profis gefragt, die Anteilnahme und Hilfe zu organisieren und in der Öffentlichkeit zu halten.

O Daß der Krieg am Golf die Probleme nicht löst, sondern neue schafft, zeigt sich am Aufstand der Kurden und der jetzigen Tragödie. Davor ist vor dem Krieg von denen, die jetzt auf die Folgen hinweisen sollen gewarnt worden.

Die eigentliche Frage: Wie kann man helfen?

Jenseits dieser Auseinandersetzung, die hier auch nicht vertieft werden soll, stellt sich die Frage, was zu tun ist? Wie kann überhaupt wirkungsvoll eingegriffen, geholfen werden, um das Überleben der kurdischen Flüchtlinge zu sichern? Wie ist ein Prozeß vorstellbar, der zu einem dauerhaften Frieden führen könnte? Beim letzten Delegiertentreffen der Hunsrücker Friedensinitiative wurden mehrere Aktivitäten verabredet:

O zur Soforthilfe soll die Spendenaktion von "medico" unterstützt werden. Medico ist eine Organisation, die medizinische Hilfe leistet und bereits jahrelang in Kurdistan arbeitet. Es wird Geld für eine Anzeige in der Hunsrücker Zeitung gesammelt.

O es wird ein Informationstisch vorbereitet, um das Thema mit aktuellen Informationen in der Öffentlichkeit zu halten und Gelegenheit zum Spenden zu geben.

O es wird die Demonstration "Laßt die Kurden leben" unterstützt und zu ihr aufgerufen.

O Es werden Briefe vorbereitet, die auf die Notwendigkeit einer langfristigen, dauerhaften und sicheren Lösung des Problems aufmerksam machen und um Unterstützung werben.

Die Meinung der Betroffenen

Darüberhinaus wurde Kontakt mit KOMKAR aufgenommen. KOMKAR ist die Vereinigung der kurdischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik. In ihren Augen kann die Bundesrepublik folgende konkrete Hilfe neben der humanitären Soforthilfe leisten. Sie kann:

O die Kurden als eigenständiges Volk anerkennen.

O in der UNO dafür eintreten, daß das Problem der Kurden dort behandelt und gelöst wird. Die Flüchtlinge sollen sicher in ihre Heimat zurückkehren dürfen, in ihren Ländern als gleichberechtigtes Volk anerkannt werden und selbstbestimmt leben können. Bundesarbeitsminister Blüm war dieser Tage in den Flüchtlingslagern und hat sich vom unbeschreiblichen Elend beeindrucken lassen. Er scheint vielleicht der richtige Ansprechpartner für einen Brief an die Bundesregierung zu sein, der vorbereitet worden ist und für den Unterschriften gesammelt werden. *Barbara Müller*

Briefe und Informationsmaterialien sind beim Infostand erhältlich.

Spendenkonto:
medico international • Postgiroamt Köln
BLZ: 370 100 50 • Konto: 6999-508.
Stichwort: Kurdistan

(AW) - Die US-Truppen sollen für bis zu drei Monate nach der Befreiung die volle Kontrolle über Kuwait behalten; bis zu einem Jahr soll das Kriegsrecht verhängt werden. Danach soll das US-Militär der Regierung von Kuwait für fünf Jahre oder länger beim Wiederaufbau des Landes helfen. Dies geht aus einem Dokument hervor, das vom 352nd Civil Affairs Command in Riyahd verfaßt wurde und detaillierte Pläne für die Zeit nach dem Ende des Golfkrieges enthält. Aus dem 200 Seiten dicken Papier geht auch hervor, daß alle Restriktionen, die vor Beginn der Golfkrise in Kuwait in Kraft waren - einschließlich einer seit 1976 gültigen Pressezensur - weiter angewendet werden sollen. Mit keinem Wort werden Pläne für eine Demokratisierung des Landes erwähnt. Hingegen wird in einem Anhang exakt aufgelistet, wieviel Tische, Stühle, Schreibmaschinen mit englischen und arabischen Lettern für den Aufbau benötigt werden und welche Computermarken mit welcher Software angeschafft werden sollen. Sogar die Kalorien, die die Zivilbevölkerung täglich erhalten soll, sind genau festgelegt. In einer ersten Phase sollen alle Einwohner Kuwaits neue Pässe erhalten - nachdem sie anhand eines Rasters überprüft worden sind. Danach wird eine Währungsreform durchgeführt. Am ausführlichsten beschäftigt sich das Dokument mit Maßnahmen zur Löschung der brennenden Ölquellen. Aus diesem Abschnitt geht auch hervor, daß die Planer im US-Verteidigungsministerium bereits am 8. November, dem Tag, an dem Washington die Verstärkung seiner Truppen am Golf bekannt gab, Verträge mit den vier weltweit führenden Unternehmen auf dem Gebiet der Bekämpfung von Ölquellenbränden abschloß.

6. August bis 2. September 1991:

FASTEN FÜR EINEN ATOMTEST-STOPP

Die **KAMPAGNE FASTEN FÜR EINEN ATOMTEST-STOPP** verbindet Menschen, die privat oder öffentlich für einen sofortigen, weltweiten Atomtest-Stopp fasten.

* Seit Mitte 1989 fasten wir regelmäßig in unserem Alltag, z.B. regelmäßig einen Tag in der Woche bzw. im Monat oder direkt nach einem Atomtest oder am eigenen Geburtstag.

* Anfang März 1990 fasteten Atomtest-GegnerInnen in 17 Ländern - parallel zu der ökumenischen Weltversammlung in Seoul, um öffentlich gegen die Zerstörung von Gerechtigkeit, Frieden und der Schöpfung durch die Atomtests zu protestieren.

* Am Hiroshima-Gedenktag, 6. August, 1990 begannen fünf Menschen u.a. in Berlin ein öffentliches 27-tägiges Wasserfasten bis zum 1. September. Weltweit fasteten Hunderte Atomtest-GegnerInnen mehrere Tage oder Wochen während dieser 4 Wochen.

* Die New Yorker Konferenz im Januar 1991 zum Umfassenden Atomteststopp-Vertrag wurde begleitet von Fastenaktionen. Die Fortsetzung der Atomtests macht die weltweite Verbreitung von Atomwaffen immer wahrscheinlicher, was gerade angesichts des Krieges am Golf eine entsetzliche Vorstellung ist.

* Einige von uns werden das Fasten im August jedes Jahr um einen weiteren Tag verlängern, solange die Atomtests wie bisher weitergeführt werden - 1990 vom 6. August bis 1. September, 1991 bis 2. September usw. Mit dieser gewaltfreien Eskalation wollen wir auf die unerträgliche Fortsetzung der Atomtests antworten.

Fasten ist in allen Kulturen und politischen Systemen durchführbar. Es hat weltweit eine Jahrhunderte alte Tradition. Fastenaktionen sind geeignet, gezielt in unseren eigenen Alltag einzubrechen - selbst wieder deutlicher die Grundlagen des Lebens zu spüren und uns auf unsere Mitverantwortung für deren Bewahrung zu besinnen. Durch den bewußten Verzicht auf Nahrung zielen wir auf das Gewissen der Öffentlichkeit und der Regierenden, die es täglich dulden oder mitverantworten, daß Atomtests auf Jahrhunderte hinaus Leben zerstören. Nach unseren bisherigen Erfahrungen werden wir als Sprachrohr der Opfer glaubhafter durch das Fasten. Fasten ist für uns ein öffentliches Trauern um das zerstörte Leben; wir verweigern uns demonstrativ einer Politik, die dle Opfer vergessen muß.

Dieses Jahr haben wir BONN als zentralen Fastenort für das 28-tägige Fasten vom 6. August bis 2. September gewählt. Hier arbeiten die für Atomtests mitverantwortlichen deutschen Politiker. Unsere Regierung unterstützt politisch, militärisch und finanziell die atomare Aufrüstung der NATO und deren Bereitschaft, Atomkriege zu führen - auch von Deutschland aus. Trotz Genschers Reden über die Notwendigkeit eines AtomtestStopps nimmt die Regierung in den entsprechenden UNO-Konferenzen keine der vielen Möglichkeiten wahr, für einen sofortigen Atomtest-Stopp einzutreten und abzustimmen. Die Großmacht Deutschland liebäugelt vielmehr mit einer wachsenden Rolle in europäischen Militärbündnissen gerade mit den Atommächten Frankreich und Großbritannien. Wir wollen in Bonn ein Sprachrohr der Opfer sein. Und wir wollen dort die Menschen vertreten, die Kohl und Genscher nicht vertreten: Die große Zahl derer, die einen sofortigen Atomtest-Stopp fordern, um diesen Krieg gegen unsere Erde anzuhalten und um die atomare Aufrüstung und die weltweite Verbreitung von Atomwaffen einzudämmen. Weitere Adressaten unseres Fastens sind die Bonner Botschaften der Atomtest-Staaten: USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien, China. Die USA und Großbritannien haben auf der Konferenz im Januar durch die Ankündigung eines Vetos den vom allergrößten Teil der über 100 beteiligten Staaten geforderten Atomteststopp-Vertrag gezielt verhindert.

Wir rufen dazu auf, im August einige Tage oder Wochen öffentlich für einen sofortigen Atomtest-Stopp zu fasten, z.B. vom 6. bis 9. August - vor Regierungen, Botschaften, Konsulaten, vor Militärlagern von Atomtest-Staaten, vor Kirchen, auf Marktplätzen. Wir freuen uns über Unterstützung in Bonn oder an Fastenorten in Eurer Gegend durch Informationsstände, Pressearbeit usw. und über begleitendes privates Mitfasten. Wir hoffen, daß auch dieses Jahr wieder an vielen Orten in der Welt Fastenaktionen durchgeführt werden.

Der AUGUST könnte weltweit zu einem MONAT DES FASTENS FÜR EINEN ATOMTEST-STOPP werden.

Wenn Ihr selbst fasten oder die Fastenaktionen unterstützen wollt, meldet Euch bitte im Carl-Kabat-Haus, Schulstraße 7, D - 7075 Mutlangen, Telefon: 0 71 71 / 74 2 63.

ANTISEMITISMUS GESTERN UND HEUTE

- GESPRÄCHE MIT HUNSRÜCKER/INNEN -

Teil I

Im folgenden beginnen wir mit einer Gesprächsreihe mit Personen, denen wir Fragen zur jüdischen Geschichte im Hunsrück, zu Antisemitismus und zur heutigen Auseinandersetzung damit gestellt haben.

Wir sind eine Gruppe von Frauen, die schon länger zu diesem und angrenzenden Themen arbeiten. Besonders im Zusammenhang mit der deutsch/deutschen Entwicklung und dem Anwachsen eines übersteigerten Nationalbewußtseins, das verstärkt Ausgrenzung und Fremdenhaß mit sich bringt, wurde uns eindringlicher als je zuvor klar, daß wir diese Entwicklungen stärker benennen und uns dagegen wehren müssen.

Am Beispiel der Jubelfeiern des 9. November 1990 wurde uns deutlich, wie sehr der Fall der Mauer die Geschichte des 9. November verdrängte und verdrängen sollte. Daher veranstalteten wir ein Gedenken zur Pogromnacht 1938 mit Stellwänden und einer Lesung. Seit November 1990 sammeln wir Unterschriften zur Errichtung eines Mahnmals in Kirchberg, um die Erinnerung an die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten jüdischen KirchbergerInnen wachzuhalten.

In diesem Zusammenhang haben wir uns mehr mit der jüdischen Geschichte in Kirchberg beschäftigt. Die Schändung der jüdischen Friedhöfe in Simmern und Kirn im November 1990 veranlaßte uns, stärker mit diesen Themen in die Öffentlichkeit zu gehen.

Seither haben wir mit verschiedenen Personen gesprochen und Informationen gesammelt, und daraus entstand die Idee, diese Gesprächsreihe zu machen und zu veröffentlichen.

Wir haben für den ersten Artikel der Gesprächsreihe mit drei Lehrern aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis gesprochen, von denen wir wissen, daß sie sich im Unterricht mit Nationalsozialismus, Antisemitismus und jüdischer Bevölkerung im Hunsrück auseinandersetzen. Herr Pies ist Lehrer an der Gesamtschule Kastellaun, Herr Augustin und Herr Thomas unterrichten an der Hauptschule in Kirchberg. Im folgenden Artikel sind wörtliche Zitate mit „ „ gekennzeichnet.

Was machen Sie mit Ihren SchülerInnen zu den Themen Nationalsozialismus, Antisemitismus und jüdischer Bevölkerung im Hunsrück?

Herr Thomas und Herr Augustin greifen den Themenvorschlag des Lehrplans zum evangelischen Religionsunterricht für die 9. Klasse auf. Ausgehend von der Ausländerfeindlichkeit heute („Türken raus") versuchen sie mit ihren SchülerInnen eine Verbindung zu den Judenverfolgungen im Nationalsozialismus zu ziehen. Beide Lehrer legen Wert darauf, das Thema mit ihren SchülerInnnen durch die Herstellung des regionalen Bezugs näherzubringen.

Sie untersuchen mit ihren SchülerInnnen die örtlichen Gegebenheiten in Kirchberg, begeben sich auf Spurensuche zum jüdischen Friedhof, zu Häusern und Geschäften, die vor dem Nationalsozialismus Juden gehörten, zum Platz, wo bis 1972 die Synagoge stand am Ende der Glöcknergasse. Auch der Film „Regentropfen", der in Kirchberg gedreht wurde und die authentische Geschichte eines Kirchberger jüdischen Jungen während der NS-Zeit erzählt, bietet sich der Erfahrung der beiden Lehrer zufolge an, in der Auseinandersetzung mit diesem verdrängten Teil der deutschen Geschichte, da sich über den Film für die SchülerInnnen viele Wiedererkennungsmöglichkeiten ergeben.

1988 schrieben SchülerInnen der 9. Klassen an einen jüdischen Zeitzeugen, der in Kirchberg gelebt hatte und nach Israel auswanderte. Die SchülerInnen bekamen eine ausführliche Antwort auf ihre Fragen. Unter anderem schilderte ihnen ihr jüdischer Briefpartner die Ereignisse während der Reichspogromnacht in Kirchberg (9.10.11. Nov. 38), in der zwar die Kirchberger Synagoge nicht wie so viele andere Synagogen niedergebrannt wurde, da das Feuer auf andere dicht anschließende Häuser überzugreifen drohte, aber viele Kultgegenstände aus der Synagoge geraubt und auf dem Kirchberger Marktplatz verbrannt wurden.

In den Hunsrücker Dialekt übernommene jiddische Wörter werden von beiden Lehrern als „Aufhänger" genutzt, um mit den SchülerInnen über jüdisches Leben und jüdische Kultur in der Region vor dem Nationalsozialismus zu sprechen.

Einige SchülerInnen engagieren sich bei der Pflege des jüdischen Friedhofs in Kirchberg.

1987/88 stellten SchülerInnen der 9. Klassen eine Ausstellung zusammen, mit Texten und Fotos zu Daten der jüdischen Geschichte, den Ergebnissen ihrer Spurensuche in Kirchberg, den Namen der Kirchberger Juden und Jüdinnen, die von den Nazis ermordet wurden, den Arbeitsblättern einer Dokumentation über Auschwitz und einigen SchülerInnenmeinungen zur Thematik.

Bei der Erarbeitung und Gestaltung der öffentlichen Ausstellung, die 1988 zum 20jährigen Bestehen der Kirchberger Hauptschule aufgebaut wurde, bekamen die SchülerInnen Unterstützung von Herrn Thomas und Herrn Augustin und dem Stadtarchivar Herrn Fuchß, der eine umfassende Chronik über jüdisches Leben in Kirchberg und dessen Vernichtung erstellt hat.

Beide Lehrer haben mit ihren SchülerInnen über die erst kürzlichen Verwüstungen der jüdischen Friedhöfe auch in dieser Region (Simmern und Kirn) im Unterricht geredet. Die Lehrer berichten, daß die SchülerInnen einhellig empört waren über die brutalen Zerstörungen der Grabsteine.

Herr Pies: „Es fing damit an, daß wir 1983 eine Arbeitsgemeinschaft an der Schule gebildet haben, die dem Schicksal der jüdischen Bewohner Kastellauns nachgegangen ist. Ein Schüler hat einen Brief an einen ehemals in Kastellaun lebenden Juden, Herrn Hirsch, geschrieben und nach Informationen über die ehemalige jüdische Gemeinde Kastellauns gefragt. Herr Hirsch hat einen langen Brief zurückgeschrieben, und so kam das Ganze ins Rollen. Die Schüler haben sich für das Thema interessiert und es gab über mehrere Jahre hinweg diese Arbeitsgemeinschaft. Später sind mehrere LehrerInnen nach Israel gefahren und haben sich dort mit Juden und Jüdin-

nen getroffen, die in Kastellaun gewohnt hatten. Daraus ist das Vorhaben entstanden, dieses Thema in den Unterricht zu integrieren. 1989 veranstaltete die Gesamtschule Kastellaun eine Projektwoche zum Thema „Judentum und Nationalsozialismus". Eine kleine Gruppe von LehrerInnen hatte die Projektwoche über ein Jahr lang vorbereitet. Ehemals in Kastellaun lebende Juden und Jüdinnen wurden eingeladen; sie kamen mit ihren Ehegatten und zum Teil auch mit ihren Kindern und Enkelkindern. Insgesamt waren 25 Personen hier, die Mehrzahl aus USA, eine Familie aus Israel.

Den SchülerInnen wurden 56 Einzelprojekte zum Thema angeboten. Jeder konnte sich davon drei aussuchen, z.B. Betreuung der jüdischen Gäste, gemeinsames Kochen koscherer Gerichte, Fahrten mit den Gästen nach Worms, zum ehemaligen Konzentrationslager Natzweiler-Struthof, nach Laufersweiler oder zur jüdischen Schule in Frankfurt, Interviews mit Kastellaunern. Alle SchülerInnengruppen haben ihr Thema dargestellt, und in der Gesamtschule gibt es eine ständige Ausstellung zur Projektwoche.

Die Ziele der Projektwoche

Die Ziele der Projektwoche waren zum einen die Begegnungen von älteren Menschen und von Kindern, jüdischen und nicht jüdischen, zum anderen auch, die Öffentlichkeit mit einzubeziehen. So wurde auch z.B. eine Diskussion mit Parteivertretern zum Thema: „Wie gehen die Deutschen mit ihrer Vergangenheit um?" während der Woche veranstaltet. Stadt, Verbandsgemeinde, Kreis, Kultusministerium, Parteien und Privatpersonen waren auch an der Finanzierung der Projektwoche beteiligt.

Wie waren die Reaktionen der SchülerInnen, Eltern, des Kollegiums, der Umgebung?

Herr Augustin und Herr Thomas haben die Erfahrung gemacht, daß einige SchülerInnen sehr aufgeschlossen der Thematik gegenüber sind, intensiv im Unterricht mitarbeiten und sich teilweise auch außerhalb der Schule engagieren. Andere SchülerInnengruppen wollen sich nicht einlassen, was aber nach Einschätzung der beiden Lehrer nicht nur der sehr komplexen und schmerzhaften Thematik zuzuschreiben ist, sondern oft einem allgemeinen Desinteresse am Unterricht. Ablehnende Haltungen der SchülerInnen gegenüber dem Thema führen Herr Augustin und Herr Thomas auch auf den Einfluß des Elternhauses zurück.

Reaktionen der Eltern

Reaktionen der Eltern auf die Behandlung dieses „unangenehmsten" Kapitels der deutschen Geschichte werden so auch über die SchülerInnen im Unterricht offensichtlich und wirksam.

Sowohl Herr Thomas wie auch Herr Augustin haben festgestellt, daß im Religionsunterricht dann größeres Interesse bei den SchülerInnen besteht, mehr über Leben, Geschichte und Verfolgung der Juden und Jüdinnen zu erfahren, wenn auch in anderen Fächern (z.B. Deutschunterricht und Geschichtsunterricht) die Thematik angesprochen wird und immer wieder präsent ist.

Bei Schulleitung und Kollegium, so berichten die beiden Lehrer, fand die SchülerInnen - Ausstellung 1988 große Resonanz. Einwände gegen die Arbeit der beiden Lehrer zum Thema wurden bisher von anderen LehrerInnen ihrer Schule nicht geäußert.

Herr Pies: „Für die Schüler waren die Begegnungen während der Projektwoche etwas, was sie nie vergessen werden. Einige Elternteile haben auch bei dem Programm der Projektwoche mitgemacht. Vielleicht war es ein Fehler, die Eltern nicht mehr mit einzubeziehen.

Besonders groß war die Resonanz bei den älteren Bürgern. Vor allem sie waren sehr betroffen. Die Begegnungen waren für beide Seiten sehr beeindruckend.

In der mittleren Generation gab es nur wenig Resonanz. Verdrängung ist ein schwieriges Thema....

Im Kollegium war die überwiegende Mehrheit dafür (die Projektwoche).... Alle Lehrer haben etwas zum Thema angeboten, die Sportlehrer z.B. jüdische Sportler im 3. Reich. Die Olympiade 1936 wurde mit Filmen belegt und aufgezeigt, wie viele jüdische Sportler dabei waren und Medaillen gewonnen haben. Die Mathematiker haben Grafiken erstellt über die Bevölkerung Kastellauns und wieviel Prozent davon Juden waren...."

Was ist Ihre persönliche und politische Motivation?

Herr Thomas: „Als Deutscher muß ich mit der Vergangenheit leben.... Man muß die Vergangenheit kennen, wenn man über die Zukunft reden will. . . „

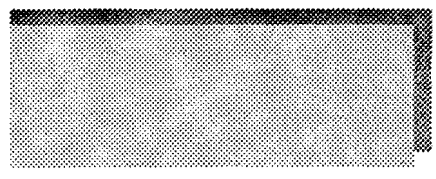
Herr Thomas, in dessen Leben von Kindesbeinen an die Thematik immer wieder präsent war, geht davon aus, daß die Deutschen „damit nie fertig werden." Deshalb sei es auch für die SchülerInnen wichtig, sich mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen um so vorbereitet zu sein, darauf angesprochen zu werden und dazu Stellung nehmen zu können.

Herr Augustin: „Wer mit offenen Augen durch die Welt läuft und sich in unserer Gesellschaft umschaut, der sieht, welche Probleme sich ergeben mit Andersgläubigen, mit anderen Kulturen, anders lebenden, anders denkenden Menschen." Herr Augustin sieht durch die Auseinandersetzung mit der „traurigen Vergangenheit" der Deutschen eine Chance für das Lernen in der heutigen Situation. Er möchte seinen SchülerInnen Hilfen an die Hand geben für das Zusammenleben mit AsylbewerberInnen und Menschen anderer Kulturen und somit ausländerInnenfeindlichen Einstellungen entgegenwirken.

Herr Pies berichtet von einem Erlebnis, das er 1983 hatte, als ein ehemals in Kastellaun lebender Jude hierherkam und fassungslos und entsetzt vor dem eben zerstörten jüdischen Friedhof stand.

„Es war für mich ein Erlebnis, das ich nie vergessen werde. Ich habe mir damals geschworen, irgendwie muß man dieses Unrecht, zumindest in gewisser Weise, wieder gutmachen. Wir müssen dies weiterverfolgen, auch in die Zukunft hinein. Wenn ich sehe, was an Haß und Antisemitismus überall bei uns da ist, haben wir noch viel zu tun, und dann ist das Thema noch lange nicht abgeschlossen. Es geht ja auch nicht nur um Juden.... es geht auch um Andersdenkende, um Toleranz, um Asylanten. Und ich glaube, daß wir eine Schule sind, die Antisemitismus und Neonazismus mehr bekämpft und ein bißchen sensibler ist, vielleicht ein bißchen aufgeschlossener als andere Schulen...."

Im Mai erscheint ein Buch, das die Projektwoche der Gesamtschule Kastellaun dokumentiert.



Ostermarsch 1991:
Der Traum vom Hunsrück ohne Militär

"Ohne Militär: Chancen für eine bessere Zukunft" - unter diesem Motto stand der diesjährige Hunsrücker Ostermarsch am Ostersonntag, zu dem die Friedensinitiativen Rhein-Hunsrück aufgerufen hatten. Nach Auftakttreffen an der ehemaligen Cruise-Missiles-Basis Hasselbach und dem im Bau befindlichen "Mobilmachungsstützpunkt" Dichtelbach begann der Ostermarsch an der Jahn-Turnhalle in Büchenbeuren.

Ein bunter Zug von rund 500 Ostermarschierern bewegte sich bei bestem Frühlingswetter durch Büchenbeuren, vorbei am Flugplatz Hahn nach Lautzenhausen und über Sohren zurück zur Jahn-Turnhalle. Die Veranstalter hatten diesmal bewußt den Flugplatz Hahn zum Thema des Ostermarsches gemacht. Nach dem Abzug der mit Atomsprengköpfen bestückten Marschflugkörper aus dem Hunsrück dürfe nicht vergessen werden, so die Friedensinitiative, daß auf dem Flugplatz noch immer 150 Atombomben lagern. Der Flugplatz Hahn sei während des Golfkrieges eine wichtige Drehscheibe für den Nachschub gewesen. Zudem sollten angesichts der immer stärker werdenden, aber von den Amerikanern unbestätigten Gerüchte über eine mögliche Schließung des Flugplatzes Anstöße zur Schaffung ziviler Arbeitsplätze in der Region gegeben werden.

Bei der Abschlußkundgebung gab Jutta Christ aus Büchenbeuren ihrer Sorge Ausdruck, daß nach dem militärischen Einsatz im Golf Kriege wieder Konjunktur haben, obwohl die meisten geglaubt und gehofft hatten, daß die angehäuften Waffen nie mehr eingesetzt würden. Viel sei berichtet worden über die militärischen Erfolge und über die Treffsicherheit moderner Waffen, aber bis heute sei das Ausmaß der Opfer unter der Zivilbevölkerung unbekannt. In großem Umfang sei die Natur zerstört worden. Beim Osterfest werde der Sieg des Lebens über den Tod gefeiert. Auch der Friedensmarsch an den Osterfeiertagen sei eine Demonstration für das Leben und für die Bewahrung der Schöpfung, ein Zeichen der Hoffnung für eine Welt ohne Gewalt und Waffen.

Michael Henke, evangelischer Berufsschulpfarrer aus Bad Kreuznach, gab Denkanstöße für einen Hunsrück ohne Militär. Bereits vor einiger Zeit hat er ein Konzept erarbeitet, wie seine Heimatstadt sich nach einem Abzug des Militärs entwickeln könnte. Regionen wie der Hunsrück seien nach Jahrzehnten einseitiger und verfehlter Strukturpolitik noch vom Militär abhängig, doch sei es nun an der Zeit, sich Gedanken über eine friedliche Umwandlung zu machen. Zu einer solchen "Konversion" gehörten ein akzeptables öffentliches Verkehrssystem mit Freizeitangeboten, um den Hunsrück für den Fremdenverkehr attraktiv zu machen, und die Ansiedlung umweltverträglicher Betriebe. Auf dem Gelände des Flugplatzes Hahn könnten eine Windkraftanlage entstehen oder gar eine "Hunsrück-Universität". Michael Henke forderte dazu auf, den Träumen von einem friedlichen Hunsrück freien Lauf zu lassen: "Wer nicht mehr träumt, ist tot. Wir aber haben uns für das Leben entschieden."

Wolfgang Bartels

Ostermarsch 1991: Rede von Jutta Christ

Im folgenden dokumentieren wir die Rede, die Jutta Christ auf dem diesjährigen Ostermarsch gehalten hat. Sie holt noch einmal den Golfkrieg aus der noch immer schmerzenden Erinnerung. Leider hat Michael Henke seine "Träume" vom lebendigen Hunsrück nach der Abrüstung auf dem Flughafen Hahn stehend-freihändig vorgetragen und auch fest versprochen, daß er nicht mehr dazukommen wird, die Gedanken noch einmal aufzuschreiben.

Als Dokumentation bleibt es daher bei der Rückbesinnung auf den Krieg, ohne die Hoffnung weckenden Ausblicke. Warum, so könnte man fragen, sollen wir uns immer noch an diesen Krieg erinnern, weiter an die Wunde rühren, noch einmal die Niederlage der Vernunft und den Sieg der Gewalt beschwören. Weil, so die schüchterne Antwort, nicht das Vergessen, sondern das Erinnern zum Verarbeiten führt.

Weil Ohnmacht, ohnmächtige, verzweifelte Wut und Zorn dann überwunden und abgebaut werden können, wenn sie zugelassen werden. Eine leise Ahnung davon, was der Krieg in uns angerichtet hat, haben, diejenigen bekommen, die am 24.3. in Bell zu einem ersten Auswertungstreffen zusammenkamen und sich gemeinsam auf die Reise in die Erinnerung begaben. Wir merkten, wie nah die Gefühle noch sind und wie "unverdaut". Unendlich viel Zeit verbra(u)chten wir, um die Wochen des Krieges Revue passieren zu lassen. Doch schließlich gelang es, den Blick nach vorne zu richten, neue Aufgaben auszumachen und neue Verabredungen zu treffen. Die Konfrontation mit der Erinnerung kann hilfreich sein, wenn man sich die Möglichkeit schafft, sie durchzuarbeiten. Eine Anregung dazu ist die Rede von Jutta Christ sicherlich.

Barbara Müller

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Wir haben einen Krieg erlebt.

Beim Ostermarsch 1991 ist es einfach unmöglich, nicht davon zu sprechen. Zu groß war der Einschnitt zu einem Zeitpunkt, an dem die tatsächliche oder vermeintliche Bedrohung aus dem Osten zu bestehen aufgehört hatte, an dem allenthalben von Abrüstung die Rede war und die zähe Pflanze Hoffnung sich wieder zu entfalten begann. Zu radikal ist die Ent-Täuschung über den geistigen Zustand unseres Teils der Erde, zu groß das Entsetzen über den Rückfall in militärische Gewaltanwendung.

Wir haben einen Krieg erlebt - seine Vorbereitung, seine Rechtfertigung, seine Abwicklung, den 3. Golfkrieg.

Der 1. Golfkrieg Irak gegen Iran dauerte acht für die Menschen der beiden Länder schreckliche Jahre lang. Saddam Hussein war der Aggressor. Er wurde von West und Ost mit allem versorgt, was er zur Kriegsführung brauchte.

Den 2. Golfkrieg konnten aufmerksame Beobachter, insbesondere die amerikanische Regierung voraussehen. Die Forderungen Saddam Husseins an Kuweit und die unzweideutigen Anfragen an die Adresse Amerikas ließen nur den einen Schluß zu: Irak wollte Kuweit schlucken.

Mehrfach wurde von Amerika signalisiert: „Wir haben keinen Beistandspakt mit Kuweit - das sind innerarabische Angelegenheiten, in die wir uns nicht einmischen."

Am 2. August 1990 annektierte der Irak unter massivem Militäreinsatz das Emirat Kuweit. Das war der 2. Golfkrieg; genauso häßlich, menschenverachtend, mörderisch und völkerrechtswidrig wie ungezählte Annektionen, Übergriffe, Massaker in den letzten Jahrzehnten.

Aber diesmal war jemand zu weit gegangen: Es wurde kein Land kassiert, auf dem ein paar Datteln wachsen, sondern Saddam Hussein hatte sich zum potentiellen Kontrolleur von über 25 Prozent der Weltölreserven gemacht, er hätte früher oder später den Ölpreis diktiert und die Golfregion dominiert.

Wir wissen, wie es weiterging:

Zuerst das Embargo, dem keine Zeit gelassen wurde, seine Wirkung voll zu entfalten, dies obwohl zum Beispiel William Webster, der Direktor des CIA, Anfang Dezember 1990 vor einem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongresses unter anderem zu Protokoll gab: Der Irak ist in absehbarer Zeit hilflos - die Armee ist spätestens Ende 91 kampfunfähig.

Dann der Aufmarsch der größten Streitmacht seit dem 2. Weltkrieg: 500.000 Mann plus modernstes Kriegsgerät gegen Saddam Hussein, von dem man uns sagte, er sei ein überaus gefährlicher Gegner, ausgerüstet mit den schrecklichsten Waffen, fähig und willens diese einzusetzen, sowohl gegen die Alliierten als auch gegen Israel, die Türkei und die angrenzenden Staaten.

Schließlich das verhängnisvolle Ultimatum, dem der Weltsicherheitsrat nach hektischer Reisediplomatie des amerikanischen Außenministers zustimmte: Die Weltorganisation, die zur Sicherung des Friedens, zur friedlichen Konfliktlösung gegründet worden war, hat sich disqualifiziert, hat den Krieg wieder zum Mittel der Politik gemacht, hat die Gewalt legalisiert!

Am 17. Januar, nur Stunden nach Ablauf des Ultimatums, brach der Krieg aus - man hatte es verdammt eilig.

Ich ärgere mich immer über die Vokabel „Kriegsausbruch" - sie hört sich an wie „Naturkatastrophe" - aber vielleicht traf sie hier zu - jedenfalls aus der Sicht der Soldaten, die seit Wochen und Monaten in der Wüste warteten, geplagt von Routine, Langeweile, Heimweh.

Ich denke, viele hatten Angst: in Erinnerung an den Vietnamkrieg - Angst angesichts des Gegners, dieses viertstärksten Militärapparates in der Hand von Satan persönlich, von Hitler Nummer 2, Angst, der Sandsturm könnte über sie kommen und die halbe Million kampferprobter, mit der Wüste vertrauter, fanatischer Iraker! Ich denke, die Spannung war fast unerträglich geworden. Es gab nur noch den einen Ausweg: Krieg! Dann kam der Befehl - der Krieg brach aus!

Die Gewalt war legal! Der Probelauf vorbei, die Maschine lief an - funktionierte perfekt, die Operationen folgten einander präzise: Feuerwerk über Bagdad, Cruise Missiles zischen um Häuserecken, der glückliche Mann des Irak sieht im Rückspiegel seines Autos die Brücke zerbersten, die er gerade passiert hat, nur militärische Ziele werden eliminiert. Es gibt nur Sachschaden, Blut fließt keines, Menschen sind nicht auszumachen. - so wurde uns der Krieg serviert!

Angeblich um Kuweit zu befreien (wie frei ist es heute?) wurde Irak zerschlagen. Sechs Wochen lang wurde das Land, Städte, Dörfer, Fabriken, Straßen, Brücken, Wasserleitungen pausenlos bombardiert. Nicht nur Militäranlagen: Wohnungen, Krankenhäuser, Bunker, Moscheen, Schulen, unwiederbringliche Kulturstätten, und Menschen, Menschen, Menschen wurden für die Befreiung Kuweits vernichtet. — So war der Krieg wirklich.

Liebe Freunde, erinnert euch an die kalten Tage und Nächte vor Ablauf des Ultimatums: Das Herz wollte nicht wahrhaben, was der Kopf schon längst wußte: Es gibt Krieg! — Es wird krachen — aber nein, es ist unmöglich mit diesen furchtbaren Waffen, wer kann das wollen? Das Risiko ist zu groß! Wenn die Ölquellen brennen, trifft es die ganze Welt! Wer kann das verantworten?

Man konnte — man wollte — in Washington und anderswo. Die sogenannte „Völkerfamilie" stellte sich auf eine Stufe mit dem so teuflischen Saddam Hussein und zahlte Gewalt mit Gewalt zurück, vergalt ein großes Unrecht mit einem noch größeren.

Erinnert euch der Lähmung, die uns bedrückte: Unser Traum war zerbrochen, Unser Traum von langsamen, unaufhaltbaren Kommen eines Neuen Denkens, vom gewaltfreien Fortschreiten der Erkenntnis, daß nur Gerechtigkeit und Toleranz, Aufeinanderzugehen und Teilen die Zukunft der Menschen sichern und uns in die Lage versetzen könnte, die ökologischen und wirtschaftlichen Probleme mit Aussicht auf Erfolg anzugehen.

Erinnert euch, wie die Lähmung nachließ, sich im Protest auflöste: wie trotz aller Einschüchterungsversuche durch die Medien die Demonstrationszüge gegen den Krieg länger und zahlreicher wurden, wie hunderte von Mahnwachen Tag für Tag, mancherorts rund um die Uhr, den Frieden forderten. Mit ihrer Gegenwart auch bei Schnee und eisiger Kälte, mit den Botschaften ihrer Transparente, erschwerten sie, daß man zur Tagesordnung überging, den Phrasen vom gerechten Krieg gedankenlos glaubte.

Aber die Sprache der Mächtigen ist eine andere als die der Friedensbewegten. „The war is running well!" sagte Präsident Bush zu jubelnden 60, 70, 80 Prozent der amerikanischen Nation. Und weil es in Ihren Augen so war, weil der Krieg so gut klappte, die Technik so tadellos funktionierte, die Bilder so gut zensiert wurden, das „first class talent, we have seen in desert storm", auch dies ein Zitat Bushs, so klar zutage trat, weil das Entwicklungsland Irak nicht in der Lage war, sich der Übermacht zu erwehren (seine Waffen vielmehr sparte für das, was nach dem großen Krieg kommen würde, wie sich jetzt zeigt), weil die Zahl der Opfer auf alliierter Seite viel geringer war als vorher einkalkuliert, nicht zuletzt, weil die UNO mit der Legalisierung des Golfkrieges einen Präzedenzfall geschaffen hat, ist die Gefahr groß, daß Kriege auch bei uns wieder modern werden.

Der Golfkrieg wurde uns vorgeführt als eine gigantische Show: Werbefernsehen weltweit und non stop für die amerikanische Rüstungsindustrien — mit Erfolg. Dieser Gedanke drängt sich auf, wenn man hört, daß Kongress und Repräsentantenhaus in Washington ausgerechnet damit drohen, den säumigen Zahlern solange keine Waffen mehr zu verkaufen, bis die versprochenen Kriegsfinanzierungbeträge bezahlt sind! Die Auftragsbücher sind also prall gefüllt. Die Länder der Welt, insbesondere die Siegerländer im Nahen Osten, können es gar nicht erwarten, endlich in den Besitz dieser wunderbaren Waffen zu gelangen! Es geht aufwärts mit der amerikanischen Industrie: Waffen für die Welt!

Was für eine grauenhafte Perspektive!

Immer mehr Menschen in der sogenannten Dritten Welt hungern, verhungern.

Immer mehr Menschen im Osten geraten aus Mangel am Lebensnotwendigen an den Rand der Verzweiflung.

Immer größer werden die Heere der Obdachlosen in den Industrieländern, gerade auch in den USA.

Aber Amerika, diese Weltmacht Nummer eins, baut auf Waffen, Waffen, die Gewalt demonstrieren, provozieren, produzieren.

Waffen sollen die Neue Weltordnung sichern, das ist gleichbedeutend mit Zementierung der alten Unterdrückungsstrukturen. Diese Weltordnung ist alt: Wer die Interessen des Starken antastet, wird zertreten.

Wir völlig anders muß die wirklich „Neue Weltordnung", eine Weltordnung mit Zukunftsperspektiven, aussehen! Ihr Leitspruch, ihr Wegweiser und Ziel heißt: Frieden durch Gerechtigkeit.

Zuerst wird der Krieg als Mittel der Konfliktlösung von der Liste gestrichen - er hat sich als unbrauchbar erwiesen: er ist zu schlimm, er macht alles noch schlimmer, er bringt nur immer neue Konflikte hervor.

Keine Konjunktur mehr für die Rüstungsindustrie. keine riesigen Rüstungsetats in den Staatshaushalten. Welch enorme Möglichkeiten tun sich dadurch auf: Wissenschaft, Wirtschaft, Erziehung werden in andere Bahnen geleitet:

Wege, um mit der Natur im Einklang zu leben, müssen gefunden werden, umweltverträgliche und erneuerbare Energiequellen müssen entdeckt, entwickelt und angewandt werden, wenn ein Teil der Welt nicht mehr gewaltsam über die Rohstoffreserven des anderen Teils verfügen kann.

Die Völker lernen, aufeinander zuzugehen, einander zu tolerieren, voneinander zu lernen, nicht nur die Kleinen von den Großen, auch die Großen von den Kleinen - ohnehin wird Größe nur noch ein Wort für geographische Ausdehnung und Bevölkerungszahl sein.

Keine Konjunktur mehr für den Krieg würde eine Kettenreaktion positiver Entwicklungen auslösen. Die Mittel wären vorhanden, eine menschenwürdige lebenswerte Zukunft würde wahrscheinlicher.

Aber leider, leider ist das Gegenteil der Fall: Der Krieg ist wieder in. Die Waffenarsenale sind geleert und harren der Wiederauffüllung. Die siegreichen Krieger haben ihre Arbeit gemacht - sie wenden sich ab und feiern. Die Führungsmacht hat demonstriert:

Krieg ist führbar, gewinnbar, die eigenen Verluste sind eingrenzbar.

Die Opfer werden vergessen

die Folgen werden bagatellisiert.

Die Führungsmacht hat es vorgemacht, die Satelliten beeilen sich, dem nachzueifern: Vom Einsatz der Bundeswehr auch außerhalb der Nato ist die Rede, - von der Bildung einer europäischen Eingreiftruppe!

Das alte Muster - Rückfall in den Kolonialismus!

Liebe Freundinnen und Freunde! Laßt uns dem gegensteuern! Viel zu viel steht auf dem Spiel: die Zukunft unserer Kinder und aller Kinder der Erde. — Wenn weiterhin die Produktivkraft der Völker in destruktive Systeme fließt, ist kein Geld, keine Kraft mehr da, um die Probleme der Gegenwart und Zukunft anzugehen. Der Planet wird weiterhin geplündert. die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer, die Konflikte immer tiefer, die Ungerechtigkeit immer himmelschreiender.

Darum feiern wir nicht mit, wenn die siegreichen Krieger feiern - es gibt nichts zu feiern!

Wir wollen unsere Stimme für die Opfer erheben, die niemand zählt, deren Namen keiner nennt!

Auch für die Natur, ohne die es kein Überleben gibt. Es gilt, das richtige Maß dafür wiederzufinden, was der Mensch wirklich zum Leben braucht.

Wir wollen nicht resignieren, sondern die gewaltfreien Wege weiter erforschen und mutiger gehen. Wir müssen uns laut zu unserem Recht auf Frieden bekennen. Wir müssen den Mut haben, allen die Krieg wollen, zu widersprechen.

Wir müssen Sand im Getriebe des destruktiven Systems sein. Nichts sollte uns dazu verleiten, den Krieg als geeignetes Mittel zur Lösung anstehender Probleme zu betrachten. Immer weiter müssen wir die Frage stellen: „Was ist gerade jetzt wichtiger als der Friede?" Und nie wird es eine wirklich vernünftige Antwort geben, die dem Krieg den Vorrang einräumt. Jede Entscheidung für Krieg und Gewalt ist eine falsche Entscheidung, denn sie läßt die vielen Möglichkeiten außer acht, die uns aus der Mobilisierung der Kräfte der Vernunft erwachsen.

Wir wollen unser Ziel nie aus den Augen verlieren und unseren Traum nicht für nutzlos halten, auch wenn uns der Golfkrieg eine Niederlage bereitet, uns zurückgeworfen hat.

Der weiteste Weg besteht aus lauter kleinen Schritten, und das größte Werk aus lauter kleinen Handgriffen.

Heute, an Ostern, dem Fest, das den Sieg des Lebens über den Tod symbolisiert, soll auch unser Traum wieder ganz lebendig sein.

Er ist die Chance für die Zukunft der Erde:
Frieden durch Gerechtigkeit
und
keine Konjunktur mehr für den Krieg

• Jutta Christ, Ostern 91

Recht hat er, der Joachim Mertes!

(Siehe auch HF 41, S. 16)

Für Joachim Mertes von den Sozialdemokraten war trotz aller Freude über den deutlichen Wahlsieg seiner Partei ein Wermutstropfen im Siegerkelch. Er verfehlte nur mit knappen 360 Stimmen die Mehrheit der Erststimmen im Rhein-Hunsrück-Kreis und mußte so seine Hoffnungen, als Direktkandidat den Kreis zu „kippen" auf die nächste Wahl verschieben.
Mertes gestern zur HZ: „Die CDU hat eine schlimme Niederlage erlitten. Es gibt keine Hochburgen mehr am Rhein und im Hunsrück, die nicht zu stürmen wären – zumindest sieht dies so der Wähler. Die Truppe Becker-Neubauer war für die CDU kein Segen. Natürlich wäre es mir persönlich noch lieber gewesen, wenn ich als Direktmandat den Wahlkreis 16 gewonnen hätte. Ein wenig hat mir wohl die Position zu NATO, Militär und Golfkrieg das Ergebnis verhagelt. Das sieht man beim Erststimmen-Ergebnis für den Grünen Axel Weirich im Vergleich zu seinen Zweitstimmen. Entscheidend ist

...aus Hunsrücker Zeitung
v. 23. 4. '91

Endergebnis des Kreises

Erststimmen:	
CDU	43,1 %
SPD	42,3 %
FDP	8,7 %
Grüne	5,9 %
Zweitstimme:	
CDU	41,6 %
SPD	41,7 %
FDP	8,8 %
Grüne	6,0 %

Uns Bäuersche – un aach sei Kuh,

komme garnet mehr zur Ruh'.
De Kriesch am Golf
noch net vergesse,
da übe die hier
grad wie besesse...
un aach dem Stolteberg sei Färz'
sinn da für uns en üble Scherz.

Kriegssteuerverweigerung Kontaktstelle Hunsrück

Auch auf dem Hunsrück gibt es bereits einzelne Menschen, die es mit ihrem Gewissen nicht mehr vereinbaren können, daß sie über ihre Steuern Krieg mitbezahlen und das Kriegführen möglich machen. Einzelne haben bereits die Steuerzahlung verweigert bzw. Stundung/Erlaß oder Umwidmung beantragt.

Im Friedensbüro wird jetzt eine Anlaufstelle für alle diejenigen eingerichtet, die in ähnlichen Gewissensnöten sind, aber noch nicht wissen, was sie tun können. Wer sich also für diese Thematik interessiert, ist hiermit aufgerufen, sich zu melden.

Kontakt: Friedensbüro Kastellaun, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun, Tel. 06762/6075. Sprechzeiten in der Regel mo, die, mi: 15-17 Uhr.

Einladung zum Werkstattseminar

Deutsch-Sowjetische Begegnung vom 31. Mai bis 2. Juni in Köln

Beginn um 18 Uhr
und **Ende** Sonntag um 14 Uhr

Ort: Jugendgästehaus Köln-Riehl, An der Schanz 14, 5000 Köln 60.

Anmeldung an:
Christlicher Friedensdienst
Rendeler Str. 9-11
6000 Frankfurt 60

Teilnahmegebühr: 80 DM.

Das Seminar richtet sich an Gruppen, die im Rahmen der deutsch-sowjetischen Friedenswoche 91 und/oder am 22.6.91

•erste Kontakte knüpfen bzw. bestehende Verbindungen vertiefen wollen und die dafür

• Hinweise für die praktische Durchführung der Friedenswoche bekommen oder sich mit anderen austauschen wollen.

Auch Einzelne sind willkommen, die eine solche Gruppe gründen wollen.

Spendenaufruf

US-Verweigerern drohen jahrelange Haftstrafen — Rechtshilfe-Projekt in Deutschland gegründet

Das US-Militär geht mit extremer Härte gegen US-Soldaten vor, die im Zusammenhang mit ihrer Kriegsdienstverweigerung die Truppe einige Zeit verlassen haben....

Selbst während der Vietnam- und Panama-Kriegszeiten kam die schwerwiegende Anklage der Desertion äußerst selten vor. "In den USA herrscht eine Stimmung wie nach einem Sieg bei der Weltmeisterschaft," so Janice Hill, MCN (Military Counseling Network) Beraterin in Tübingen. "Wegen dieser politischen Lage werden Soldaten, die aus Gewissensgründen nicht mitkämpfen und töten konnten, jetzt aufs schärfste bestraft. Manchem amerikanischen Kriegsdienstverweigerer geht es schlechter als vielen irakischen Kriegsgefangenen."

...

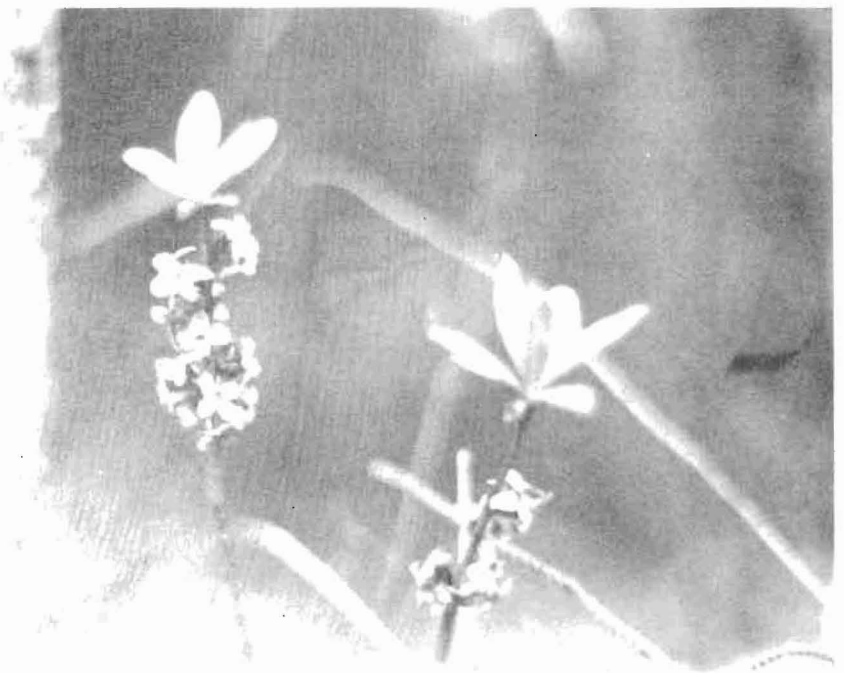
Auch das US-Militär in Deutschland geht mit solcher Härte gegen Verweigerer vor. Ein im Frankfurter Raum stationierter Unteroffizier hatte sich von der Truppe entfernt, nachdem sein Antrag auf Kriegsdienstverweigerung nicht bearbeitet worden war und er schikaniert worden war. Nach zwei Tagen meldete er sich jedoch wieder bei seiner Einheit. Er wird jetzt wegen Desertion angeklagt. Sein Prozeß wird Anfang Mai stattfinden.

Das "Military Counseling Network" hat ein Rechtshilfe-Projekt gestartet, um in Deutschland stationierte Verweigerer zu unterstützen. Damit stehen seit Anfang März zivile amerikanische Rechtsanwälte diesen Soldaten als Hilfe zur Verfügung. Zur Zeit arbeitet eine zivile US-amerikanische Rechtsanwältin vom Büro der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsgegner in Frankfurt aus.

Spendenkonto:
Rechtshilfefond-Kissen-Köter,
Ökobank,
Kontonummer: 10204208,
BLZ 50090100.

Kontakt:
Mike Ehrlich,
Vogelsbergstr. 17, 6000 Frankfurt,
Tel.: 069/431440, FAX: 069/4990007

Wo wächst der Seidelbast?



In Laubwäldern ist er sehr auffällig: Noch bevor das Laub sprießt, blüht mit lila bis rosaraten, seltsam wächsernen Blüten, die nach Mandeln riechen, der Seidelbast. Der Strauch bevorzugt lehmige Böden und wird bis zu eineinhalb Metern hoch. Im Herbst bilden sich auffallende rote Beeren. Für den Menschen ist der Seidelbast hochgiftig, das ist aber noch lange kein Grund, ihn auszurotten.

Die Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz (GNOR) will nun alle Stellen erfassen, an denen der Seidelbast (Daphne mezereum) wildlebend vorkommt. Alle Naturfreunde und Waldgänger sind aufgefordert, ihnen bekannte Vorkommen auf einer Postkarte mit Absender zu melden. Die Meldung soll die Menge des Vorkommens und eine genaue Ortsbeschreibung enthalten. Die Anschrift der GNOR lautet: Dr. Heinz Sperber, Humperdinckstr. 104, 6550 Bad Kreuznach.

Text und Foto: Wolfgang Bartels

Wir verkaufen bestes Fleisch von freilaufenden Tieren nach Vorbestellung.

SCHOTTISCHE HOCHLANDRINDERZUCHT
6407 BOPPARD 9 · TELEFON 06742/381
HUNSRÜCK

Bundeswehr in Rheinland-Pfalz speckt ab

Die Truppenreduzierung und Umstruktierung bei der Bundeswehr wird zu schwerwiegenden Eingriffen auch in Rheinland-Pfalz führen. Dies zeichnet sich bereits jetzt ab, obwohl das Bundesverteidigungsministerium die Öffentlichkeit an den betreffenden Standorten erst im Laufe des Sommers informieren will.

Bei der Bundeswehr steht bereits fest, daß die bisherige Trennung des Heeres in Territorial- und Feldheer aufgehoben wird. In der Praxis bedeutet das, daß eine ganze Reihe von Kommandoebenen samt zugehöriger Stabstruppen überflüssig werden. Anstelle des bisherigen Wehrbereichskommandos IV (Mainz), des III. Korps (Koblenz) und der 5. Panzerdivision (Diez) sowie der 2. Panzergrenadierdivision (Kassel) wird es nur noch eine Befehlsebene geben: das neu zu bildende "Generalkommando IV" für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Je nachdem, wo dieses Generalkommado seinen Sitz haben wird, fallen die Stäbe in den anderen Städten weg. Der Streit um den Sitz des Generalkommandos wird sich wohl vor allem zwischen Koblenz und Mainz entfalten. Für Koblenz gibt es jedoch inzwischen ein "Trostpflästerchen": Der Führungsstab des Heeres und ein neuer "Generalstab" der Bundeswehr sollen nach Koblenz kommen.

Auch die künftige "Kaderung" der Kampftruppen wird spürbare Einschnitte für die rheinland-pfälzischen Bundeswehrgarnisonen mit sich bringen. Anstelle von bisher zwei präsenten Bataillonen wird künftig nur noch ein Bataillon stehen, aus dessen Kadern erst im Spannungsfall ein zweites Bataillon aufwachsen soll. Für die Panzerbrigaden in Koblenz und in Westerburg bedeutet das die Halbierung der Personalstärke und das Überflüssigwerden von Kasernen.

Das bisherige Territorialheer, die "Heimatverteidigung", soll entschlackt werden. Von der bisherigen Heimatschutzbrigade 54 mit Sitz in Trier werden nur noch zwei Bataillone in Hermeskeil und ein Regimentsstab in Bexbach übrigbleiben; die Jägerkaserne in Trier wird nicht mehr gebraucht. Das zu dieser Brigade gehörende Feldartilleriebataillon 545 in Lahnstein wird aufgelöst. Anstelle der Artillerie wird in der Lahnsteiner Deines-Bruchmüller-Kaserne künftig die neue Heeresunteroffiziersschule III beheimatet sein.

Bei der Luftwaffe zeichnen sich ebenfalls tiefgreifende Veränderungen ab. So sollen die bisherigen zwei Jagdbombergeschwader PHANTOM in Pferdsfeld und Hopsten zusammengefaßt und auf dem Gebiet der neuen Bundesländer staioniert werden. Der Bundeswehr-Flugplatz Pferdsfeld bei Sobernheim würde somit überflüssig, zumindest könnte der Flugbetrieb eingestellt werden. Pferdsfeld war für die Stationierung des neuen Aufklärungsflugzeuges D-500 vorgesehen. Doch weil dazu eine Erweiterung des Flugplatzes notwendig gewesen wäre, verzichtete die Bundeswehr darauf.

Möglicherweise wird die D-500-Stationierung jetzt neu diskutiert. Lediglich auf dem Bundeswehr-Flugplatz Büchel in der Eifel wird alles beim alten bleiben, da dort der TORNADO stationiert ist. Laut Einigungsvertrag dürfen atomwaffenfähige Verbände jedoch nicht auf das Gebiet der neuen Bundesländer verlegt werden.

Wolfgang Bartels

Hilferuf der Internationalen Friedensbrigaden (PBI)

Was sind die Internationalen Friedensbrigaden - Peace Brigades International (PBI)?

Die Peace Brigades International sind eine Organisation, die im Geiste Gandhis verwurzelt ist. Seit 1981 arbeitet sie in verschiedenen Teilen der Welt, um Frieden mit Gerechtigkeit und das Verständnis für die Gewaltfreiheit zu fördern.

Wie arbeiten die Internationalen Friedensbrigaden?

Kleine Gruppen Freiwilliger, die in Gewaltfreiheit ausgebildet sind, reisen als Beobachter, wenn sie angefragt werden, dorthin, wo ein gewaltsamer Konflikt besteht und wo Menschenrechtsverletzungen geschehen können. Die Freiwilligen kommen aus Europa, USA, Kanada und anderen Teilen der Welt. Die Organisation hält sich strikt an das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder und der Arbeit all der verschiedenen Gruppen und Organisationen, in denen sie arbeitet.

Die Internationalen Friedensbrigaden in Guatemala - Zeuginnen der Besetzung der Finca "Olga Maria" und des Mordes an einer Frau

Seit 1983 arbeiten Freiwillige in einem Team in Guatemala. Die Anwesenheit von PBI auf der Finca "Olga Maria" geht auf eine Anfrage zurück vom Kommittee Pro Tierras del Sur zurück. Während der Besetzung der Finca sollte PBI als Beobachterinnen anwesend sein, denn die Campesinos befürchteten Gewalttätigkeiten.

Die Beobachterinnen stellten sich dem Verwalter der Finca und der Polizei in Escuintla vor und erklärten allen Beteiligten ihre Tätigkeit.

Als die Spannung zunahm, versuchten sie, in der Kommunikation zwischen Verwalter und Polizei zu helfen. Die Polizei versicherte, daß keine Gewalt angewendet würde, sie konnte keine richterliche Verfügung über die Räumung der Finca vorlegen. Die angebotenen Vermittlerdienste der Beobachterinnen wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Räumaktion und die Eskalation der Gewalt

Während der Räumaktion am 11. März wurde eine Frau durch die Nationalpolizei getötet, als das Feuer gegen eine Gruppe Campesinos eröffnet wurde. Die PBI-Mitglieder baten den Polizeichef um eine Ambulanz. Dieser antwortete einfach: "Nein." Die Frau war auf der Stelle tot gewesen.

Drohungen gegen die Beobachterinnen

Die PBI-Mitglieder machten Fotos von der Räumaktion. Am folgenden Tag lud die Nationalpolizei sie in den Nationalpalast, wo sie durch den Außenminister und die jeweiligen Botschafter empfangen wurden. Es wurde ihnen nahegelegt, unter dem Schutz der Botschafter das Land so schnell wie möglich zu verlassen oder vor Gericht gestellt, verhaftet und später ausgewiesen zu werden. Für die drei, Björn Sendel aus der Bundesrepublik, Cristina Casado aus Spanien und Nicole Mainguy aus Frankreich, bestand Lebensgefahr.

Hilfe für die Friedensbrigaden

Die Internationalen Friedensbrigaden bitten nun um eine "dringende Aktion", eine Briefaktion zur Unterstützung der Gefährdeten, wie immer in solchen Fällen. Denn die Erfahrung zeigte, daß viele Briefe an die Präsidenten und Außenminister der betroffenen Länder durchaus einen gewissen Schutz darstellen. Denn sie bilden Öffentlichkeit.

Briefbeispiel zur Unterstützung der PBI-Mitglieder in Guatemala:

Anrede: Excelentisimo Senor Presidente
Estimado Senor Ministro

S.E. Jorge Serrano Elias
Presidente de la Republica de Guatemala
Palacio Nacional G
Guatemala
Tel.: 502-22-12-12/oder 22-22-66
Fax. 502-253 74 72
Telex 5331 Capres GU

Lic. Alvaro Arzu
Ministro de Relaciones Exteriores
Palacio Nacional
Guatemala

Fax: 502-25167
Telex 5321 Relext GU

"Mediante esta carta queremos manifestarle lo siguiente:

Hemos tenido concimiento de los hechos acaecidos el 11 y 12 de marzo pasados, en la finca "Olga Maria", Tiquisate, Escuintla. Hemos sabido tambien de la presencia en el lugar de miembros de Brigades de Paz Internacionales, en calidad de meros observadores de cuanto acontecio.

Conocemos, apreciamos y apoyamos enteramente los principios que inspiran el trabajo humanitario de Brigades de Paz Internacionales. Es por ello que estamos seriamente preocupados por la continuidad del trabajo de esta organisacion en su pais.

Deseamos que este trabajo puede seguir desarrollandose, como siempre lo ha venido haciendo, respetuoso de las Leyes Guatemaltecas, en aras de la Paz, la Jusitita y la Noviolencia.

Asismismo, estamos preocupados por posibles ataques contra la integridad personal de los miembros de las Brigadas de Paz Internacionales, como ya ha occurido en anteriores ocasiones.

Atentamente le saluda"

Übersetzung:

Sehr geehrter Herr Präsident/ Minister

Mittels dieses Briefes wollen wir Ihnen mitteilen, daß wir von folgendem Ereignis Kenntnis besitzen:

Wir wissen zum die Ereignisse vom 11. und 12. März auf der Finca "Olga Maria" (Tiquisate, Escuintla). Wir wissen auch, daß Mitglieder der PBI dort anwesend waren, um ihrer Aufgabe als Beobachter der Geschehnisse nachzugehen.

Wir kennen, schätzen und unterstützen die Prinzipien, die die humanitäre Arbeit der Internantionalen Friedensbrigaden tragen. Deshalb sind wir sehr tief besorgt um die Fortführung der Arbeit dieser Organisation in Ihrem Land.

Wir wünschen, daß diese Arbeit in Ihrem Land weitergeführt werden kann, so, wie es bisher war, immer unter strikter Beachtung der guatemaltekischen Gesetze, zugunsten des Friedens, der Gerechtigkeit und der Gewaltfreiheit.

Gleichzeitig sind wir sehr besorgt um mögliche tätliche Angriffe gegen die persönliche Integrität der Mitglieder von PBI, wie es ja schon früher vorgefallen ist.

Hochachtungsvoll...

Noch aktuell

Obwohl der Fall schon im März passierte, sind Briefe dieser Art nach wie vor dringend erwünscht, der Rücklauf ist bislang schon ganz erfreulich. Zusätzlich zu den Briefen an den Präsidenten und den Außenminister sollten Briefe an lokale oder sonstige Politiker geschrieben werden, in denen sie um Unterstützung gebeten werden. In manchen Gegenden unterstützt vielleicht auch die Presse solche Aktionen...

Wer sich beteiligen will,

schreibe oder besser weil schneller, faxe die Briefe an die obengenannten und schicke eine Kopie an die Internationalen Friedensbrigaden, damit sie einen Überblick über die Resonanz ihrer Aktion haben. Wer sich an künftigen "dringenden Aktionen" sofort beteiligen will, kann sich mit den Friedensbrigaden in Verbindung setzen und kommt auf eine Unterstützungsliste.

Kontakt:

Internationale Friedensbrigaden
Engerserstr. 74A
5450 Neuwied
Tel.:02631/24529
Fax:02631/31160

Quelle: Pressemitteilung PBI v. 21.3.91
Bericht: Barbara Müller

Leserbrief

Eine Erwiderung auf den Leserbrief von G. Kochheim im HF Nr. 41:

Liebe/r G. Kochheim!

Zum Glück hat der Golfkrieg nicht das befürchtete Ausmaß angenommen. Wieviele Opfer er auf Seiten der irakischen Bevölkerung nun gefordert hat und wieviele die militärische Niederhaltung der aufbegehrenden Bevölkerung noch fordern wird, ist nicht abzuschätzen.

Durch die „geringen" Opfer unter den Alliierten und vor allem US-Soldaten (doch auch hier ist jedeR tote SoldatIn eineR ToteR zuviel) ist es zum Glück nicht zur Behandlung Kriegsverwundeter in bundesdeutschen Krankenhäusern gekommen.

Ich bin mir bewußt, daß ein Streik z. B. der Zivildienstleistenden gegen den Golfkrieg und vor allem gegen die bundesdeutsche Unterstützung des Golkrieges spätestens dann problematisch geworden wäre, wenn eben verwundete SoldatInnen zum „Zusammenflicken für den erneuten Kriegseinsatz" angeliefert worden wären. Ich denke, daß niemand einen Menschen, die/der Hilfe benötigt, einfach liegenlassen würde. Und darum wäre es bei einem Streik auch nicht gegangen. Doch ein Krieg ist ohne „funktionierendes Hinterland" nicht zu führen, und hierzu gehört auch das „Zusammenflicken" von SoldatInnen für einen erneuten Fronteinsatz.

Mit der Formulierung „Zusammenflicken" geht und ging es mir nicht darum, die Opfer des Krieges ideologisch zu sortieren und das Leiden der US-SoldatInnen geringer zu werten, sondern darum, die Logik des Gesundheitswesens unter militärischen Gesichtspunkten deutlich zu machen. Diesem geht es doch nicht um das Wohl der SoldatInnen, sondern lediglich um die militärische Verwendbarkeit von Menschen. Dies wird vor allem an der Triage, der Selektierung der Verwundeten deutlich. Gerade diejenigen, die am dringendsten Hilfe benötigen, den Schwerverwundeten, soll danach keine Hilfe zuteil werden, da sie nicht schnell genug wieder „kv", kriegsverwendungsfähig, gemacht werden können.

Der Golfkrieg war der erste Nord-Süd-Krieg, und ich fürchte, er wird nicht der letzte sein. Sollte die Bundesregierung ihre geplante Grundgesetz-Änderung durchbekommen, dürfen vielleicht beim nächsten Mal auch Bundeswehrsoldaten an der Front „ihren Mann" stehen. Der Golfkrieg hat gezeigt, daß die Friedensbewegung kaum Ideen für einen direkten Widerstand gegen Kriegs-(unterstützungs)leistungen vom Gebiet der BRD aus anzubieten hat. Dies gilt wohl vor allem für den Umgang mit kriegsverletzten SoldatInnen. Hier gilt es einen Weg zu finden, sich dem „Zusammenflicken für die Front" zu verweigern und dennoch dem legitimen Anspruch auf Hilfe für die SoldatInnen gerecht zu werden.

Zum Abschluß noch eine Bemerkung zum Vorwurf, ich wollte potentiellen Kriegsdienstverweigerern ihr Schlüsselerlebnis vorschreiben. Unbestreitbar ist der Golfkrieg für viele der Anlaß gewesen, nun endlich den Kriegsdienst zu verweigern. Nach dem KDV-Recht ist jedoch eine situationsbedingte KDV nicht zulässig. Zusätzlich ist das KDV-Verfahren entpolitisiert, d. h. eine rein politische KDV ist in der BRD nicht möglich. Mit der Empfehlung , den Golfkrieg als DAS Schlüsselereignis zu benennen, sollte daher lediglich ein Weg aufgezeigt werden, die eigene Kriegsdienstverweigerung, wenn das gewünscht ist, auch als einen Akt des Widerstandes gegen den Golfkrieg deutlich werden zu lassen. Ich traue aber schon jedem Menschen zu, selbst darüber zu entscheiden, ob er dieser Empfehlung folgen will.

Mit antimilitaristischen Grüßen
Andreas Speck

Anzeige:

die Partnerzeitung zum Hunsrück-Forum

Probeheft: 4,80 DM (in Briefmarken)
Jahresabo: 28,80 DM (6 Ausgaben)

Pfalz-Forum

Anschrift: Pfalz-Forum, Postfach 1124, 6718 Grünstadt, Tel. u. Fax 06359/86302

Wanderungen mit Hintergrund

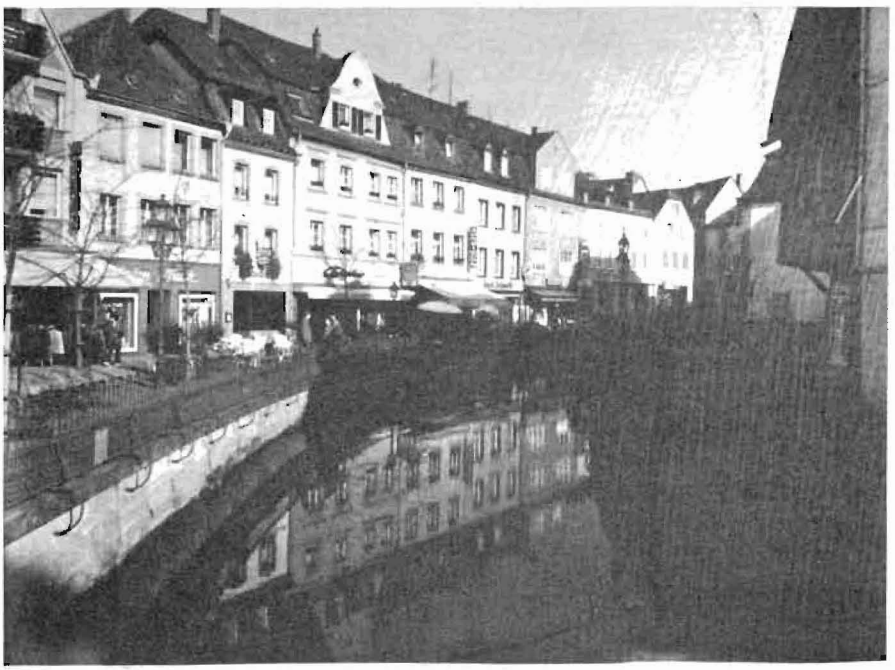
Neuartiger Wanderführer zum Kennenlernen der Heimat

Wanderungen mit Hintergrundwissen bietet ein neuartiger „Geographischer Wanderführer für den Saar-Mosel-Raum". Der umfangreiche Band mit Karten und Farbbildern stellt 30 Wanderungen zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem Boot im Hunsrück, in der Südeifel und im Saarland vor. Die Vorschläge orientieren sich nicht nur an landschaftlichen Sehenswürdigkeiten, sondern wollen jeweils ein Schwerpunktthema anschaulich erlebbar machen.

Diese Themen entstammen dem breiten Feld der geografischen Wissenschaft. So sind auf einer Wanderung in der Nähe von Saarburg die „Dorferneuerung und ihre Auswirkungen" an praktischen Beispielen zu erfahren. Eine andere Wanderung führt zu historischen Zeugnissen des Steinkohlebergbaus im Saarland. Wer sich dagegen eher für Mineralquellen samt Quellheiligtum interessiert, der wird in die Wittlicher Senke geführt. Doch auch auf Sehenswürdigkeiten der Natur wird aufmerksam gemacht, beispielsweise auf die Hangmoore am Idarwald bei Morbach. Da auch das „Grenzüberschreitende" ein Anliegen der Herausgeber ist, kann man „Glas und Kristall im Bitscher Land" oder „Bade- und Weinorte im deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzgebiet" kennenlernen.

Zu jeder Wanderroute gibt es ausführliche Hintergrundinformationen zum jeweiligen Thema. Wer weiß beispielsweise schon, zu wie vielen verschiedenen Zwecken Mühlen an Wasserläufen gedient haben? Nicht nur Getreide wurde gemahlen, mit der Kraft des Wassers wurden auch Baumstämme gesägt, Stoffe gewalkt, Öl gepreßt und sogar Sprengpulver hergestellt. Mit einer Bootswanderung auf der Nied lassen sich noch heute einige dieser Mühlen kennenlernen.

Mit dem neuartigen Wanderführer hoffen die Herausgeber, durch mehr Kenntnisse über die Heimat ein Stück Lebensqualität verfügbar zu machen. Zugleich wollen sieden Besuchern der Region Hilfen zu einem aktiven Urlaub geben.



Schon im 13. Jahrhundert wurde der Leukbach mitten durch Saarburg geleitet, um Löschwasser direkt in die Stadt zu bringen und Mühlen zu betreiben. 18 Meter tief stürzt der Bach über eine natürliche Schieferklippe hinunter zur Saar - hier läßt sich erfahren, auf welch verschiedene Weisen der Mensch des vorindustriellen Zeitalters das Wasser nutzte und zugleich zähmte.

Christoph Becker/Peter Moll (Herausgeber), Geographischer Wanderführer für den Saar-Mosel-Raum, Deutscher Verband für Angewandte Geographie, Regionale Arbeitsgruppe Saar/Mosel/Pfalz, Lortzingstr. 55, 6602 Dudweiler. 29,80 Mark.

• Wolfgang Bartels

Anzeige:

Satz • Grafische Gestaltung • Offsetdruck

Druckerei Stefan Richter

Wir entwerfen, setzen und drucken für Sie z.B.:

- Formulare
- Handzettel
- Zeitschriften
- Etiketten
- Druck auf Endlospapier
- Speisekarten
- Broschüren u. Prospekte
- Plakate

sowie Karten für alle Anläße

Wir machen etwas aus Papier.
Lassen Sie sich von uns unverb. beraten!

5401 St.Goar-Biebernheim
Dorfstraße 29 • Tel. 06741/ 499

Keine Wiedergutmachungsrente für Sinti

Die 5. Zivilkammer des Landgerichts Trier hat die Klage einer 69jährigen Sinti auf eine Wiedergutmachungsrente abgewiesen. Ihre heutige Krankheit stehe nicht im Zusammenhang mit ihrer erlittenen Verfolgung. Katharina Weiß aus Waldmohr (Landkreis Kusel) war in der Nazizeit im Alter von 18 Jahren zusammen mit ihrer Familie zunächst in Konzentrationslager in Polen und dann nach Bergen-Belsen verschleppt worden.

Die „Rassegesetze" der Nazis, die sich vor allem gegen Juden und „Zigeuner" richteten, bezahlten über vierzig ihrer engsten Familienangehörigen mit dem Leben. Sie mußte miterleben, wie ihr Bruder samt seiner Frau und ihren sieben Kindern in einem sogenannten „fahrbaren Krematarium", einen Kastenwagen, dessen Abgase in den Innenraum geleitet wurden, umgebracht wurden. Nach der Befreiung verließ Katharina Weiß das Lager als gebrochene, kranke Frau.

1956 stellte sie einen ersten Antrag auf Wiedergutmachung, der dreizehn Jahre später abschlägig beschieden wurde. Als sie hörte, daß der Deutsche Bundestag im Dezember 1987 die Empfehlung ausgesprochen hatte, früher abgelehnte Wiedergutmachungsanträge noch einmal großzügig zu überprüfen, stellte sie beim für Rheinland-Pfalz zuständigen Amt für Wiedergutmachung in Saarburg ein sogenanntes „Abhilfebegehren", um für die erlittenen körperlichen und seelischen Schäden eine Rente zu erhalten. Immer wieder hatten ihr Ärzte, insbesondere nach einer längeren stationären Behandlung in der Universitätsklinik Homburg, starke Angstgefühle, Schlafstörungen und Depressionen bescheinigt. In Alpträumen wurden immer wieder die Erlebnisse der Verfolgung wach.

Das Wiedergutmachungsamt lehnte jedoch den Antrag mit der Begründung ab, daß die heutigen Erkrankungen von Frau Weiß „erst in den letzten Jahren entstanden sind und nicht mehr auf der Verfolgung beruhen". Da kein „verfolgungsbedingter Schaden" festgestellt werden könne, sei der Antrag auf Entschädigung abzulehnen. Gegen diesen Bescheid klagte Katharina Weiß mit Unterstützung des Verbandes Deutscher Sinti beim Landgericht Trier, doch ihre Klage wurde jetzt abgewiesen. Das Gericht schloß sich den Argumenten des Wiedergutmachungsamtes an.

Katharina Weiß

Jacques Dellfeld, rheinland-pfälzischer Landesvorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti, verweist darauf, daß in anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen entsprechend der Bundestagsentschließung früher abgelehnte Wiedergutmachungsanträge durchweg positiv entschieden werden. „Daß Rheinland-Pfalz bei abgelehnten Wiedergutmachungsanträgen stur bleibt, ist nicht nachzuvollziehen", so der Sinti-Sprecher nach dem Trierer Urteil. Das Trierer Landgericht hat bereits in einem ähnlichen Fall abschlägig entschieden, ein weiteres Verfahren steht noch an. Das Schlimmste für die damaligen Opfer sei, so Jacques Dellfeld, daß sie in unendlichen Behörden- und Gerichtsgängen gezwungen seien, immer wieder ihre schrecklichen Erlebnisse darzulegen. „Hier werden sie immer wieder von ihrer Vergangenheit eingeholt. Dabei ist doch eigentlich der Staat in der Pflicht gegenüber den Opfern des Unrechts, und nicht umgekehrt."

• Wolfgang Bartels

Anzeige:

Kirche auf dem Weg des Friedens -
am Beispiel Kriegssteuerverweigerung

Friedenssteuerinitiative-, Volks- und Friedenskirchen-Vertreterinnen und -Vertreter informieren und sprechen miteinander, mit Interessentinnen und Interessenten (Kurzreferate, Gruppen und Podium).
Es wirken unter anderen mit: **Jutta Dahl**, Friedenspreisträgerin aus Bell, **Joachim Garstecki**, Pax-Christi-Geschäftsführer aus Bad Vilbel, **Ursula Windsor**, Quäkerin aus Gloucester, England, **Ulrich Finckh**, Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen aus Bremen, **Harald Bewersdorff**, Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche im Rheinland aus Düsseldorf und **Martin Arnold**, Kontaktperson "Steuern zu Pflugscharen" aus Essen.

Brennpunkt beim Kirchentag, veranstaltet von der Ökumenischen Aktion **"Steuern zu Pflugscharen"** und dem Zusammenschluß europäischer Friedenskirchen **"Church and Peace"**.

Ort: Markuskirche in Essen-Frohnhausen, Postreitweg 84
Zeit: Freitag, 7. Juni 1991, 15 bis 18 Uhr

Anzeigen:

BLITZTELEGRAMM

AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG DES GROSSEN AUFSTANDES DER BEVÖLKERUNG DES IRAK UND IRAKISCH-KURDISTAN

Drei Jahre nach den Giftgasangriffen in Halabja hat sich die kurdische Bevölkerung im Irak gegen die Despotie Saddam Husseins erhoben. Unter unglaublichen Opfern ist es den Kurden und ihren Vereinigten politischen Organisationen gelungen, den Großteil Kurdistans und seine wichtigsten Städte zu befreien.

Für die immer wieder vom Völkermord bedrohten Kurden bedeuten diese Ereignisse die große Chance, ihre nationalen Rechte zu verwirklichen und mehr als 30 Jahren Leiden und Unterdrückung ein Ende zu bereiten. Sie kämpfen für ihre Selbstbestimmung im Rahmen einer gesamtirakischen Föderation: für die Beendigung der Diktatur und die Einrichtung demokratischer Strukturen.

Betrachten wir es als eine ebenso große und wichtige Aufgabe, die irakischen Kurden und alle Iraker beim Aufstand gegen das alte Regime zu unterstützen.

Medico international ist durch die »Kurdish Relief Association« (KRA), der Hilfsorganisation des Vereinigten kurdischen Widerstandes, autorisiert und gebeten worden, Öffentlichkeit und Institutionen der Bundesrepublik zur Teilnahme an einem sofortigen Hilfsprogramm aufzufordern. Es geht hierbei um eine dringend benötigte medizinische Grundausstattung, um Nahrungsmittel und andere Güter des alltäglichen Überlebensbedarfs in dem weitgehend zerstörten Land.

Wir bitten herzlich darum, überall Initiativen zu bilden, die Geld für Soforthilfe sammeln und sich längerfristig an der Wiederaufbauhilfe für Kurdistan und Halabja beteiligen wollen. Die zudem gemeinsam mit uns darauf dringen wollen, daß die Bundesregierung und die an der irakischen Aufrüstung beteiligten deutschen Firmen eine »Wiedergutmachung« für die Opfer von Halbaja leisten.

Spenden Sie bitte rasch und wirkungsvoll auf unsere Konten:

[redacted]

Postgiro 6999-508 Köln oder
Frankfurter Sparkasse Nr. 1800
(BLZ 500 501 02)
Stichwort »KURDISTAN«

KURDISH RELIEF ASSOCIATION Suleymania (Befreites Kurdistan)
MEDICO INTERNATIONAL Frankfurt

Alle SpenderInnen erhalten einen Bericht über die Verwendung des Geldes und die Situation im befreiten Irak.

medico international
Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990041

Der obige Aufruf kann auch in größeren Mengen kostenlos bezogen werden.

PDS Rheinland-Pfalz/Linke Liste

Information aus erster Hand

PODIUM PROGRESSIV

Die Broschürenreihe der PDS/Linke Liste

Sebastian Reinfeldt

Rassismus: Die unsichtbare Gewalt

Aus dem Inhalt:

Die Fremden und das "Andere" im Inneren der Gesellschaft; Fragmente einer Geschichte der rassistischen Verfolgungen; Rassismus und Neo-Rassismus; Rassistische Theorien beruhen auf einer Ideologie vom menschlichen Wesen. Ein Gespräch mit Etienne Balibar
64 Seiten, brosch., Einzelpreis: DM 5.-

LILI Korrespondenz

Die Zeitschrift der PDS/Linke Liste

März 1991:

Andre Brie Die Steuererhöhungen sind zutiefst verlogen; *AG Wissenschaftskritik Mainz* Der Krieg, die Vernunft und die Linke; *Gabriele Lindner* Das Dogma von der "Partei neuen Typus"; *Wilfried Reckert* Die "Zerschlagung des Titoismus" in der KPD; *Herta Kuhrig* Gleichstellung: Schein und Wirklichkeit; *Heidi Knake-Werner* Feminismus: störend oder hilfreich?; *Dietmar Wittich* Sozialstrukturelle Umbrüche und politisches Verhalten in den neuen Bundesländern; Im Gespräch mit Dagmar Enkelmann (MdB-PDS/LiLi); Nachrichten aus der PDS/Linken Liste
80 Seiten, brosch., kostenlos

Bestellungen an: PDS/Linke Liste, Postfach 3346, 6500 Mainz

Konferenz

Die Linke neu erfinden

Zur Vergangenheit und Zukunft linker Theorie und Politik

Universität Mainz, 24./25. Mai 1991

Freitag, 24. Mai 1991, 20.00 Uhr
Podiumsdiskussion mit:
Gregor Gysi (PDS/Linke Liste)
Christina Schenk (Bündnis 90)
Jens-Christian Müller (Radikale Linke)
Verena Krieger (ehem. "Die Grünen")

Samstag, 25. Mai 1991

Diskussionsforen:
Radikaler Reformismus
Reformalternative
Feminisierung der Gesellschaft
Soziale Ökologie
Postmoderne
Golfkrieg und Intellektuelle
Zivilgesellschaft
Workshops:
Michel Foucault
Marxismus und Stalinismus

Eingeladen sind u.a.:
Andrea Maihofer
Michael Brie
Irene Dölling
Jörg Huffschmid
Manon Tuckfeld
Rainer Trampert
Barbara Holland-Cunz
Alex Demirovic
Heidi Paris
Georg Fülberth

VeranstalterInnen: Diskurs-an-stiftung e.V. und Referat Wissenschaft und Gesellschaft des AStA der Universität Mainz
Information und Anmeldung: Diskurs-an-stiftung e.V., Postfach 3346, 6500 Mainz, Tel.: 06131-237945, Fax: 06131-237924

1. H.U.I.-Umweltseminar ein voller Erfolg

Beim 1. Umweltseminar der H.U.I. (Halsenbacher Umweltinitiative) vom 03. - 07. April 1991 im Forsthaus Kolbenstein (Nähe Halsenbach) standen die Themen „Ökosystem Wald" und „Die Verkehrsproblematik im ländlichen Raum (Hunsrück)" im Vordergrund.

Die mehr als 20 Teilnehmer/innen wurden am Freitagabend durch einen Film über das Waldsterben in das Schwerpunktthema des 1. Seminartages eingeführt. Am Samstagmorgen hatten die Seminaristen/innen dann die Gelegenheit, während eines Vortrages zum Ökosystem Wald, mit dem Referenten William Schielke (Forstinspektoranwärter) zu diskutieren und sich kundig zu machen.

Nachmittags zeigte Revierförster Heinemann die am Vormittag angesprochenen Waldschäden vor Ort. Er wies bei der Waldbegehung darauf hin, daß innerhalb einer Nacht rund 7.000 qmtr. Holz allein rund um das Forsthaus Kolbenstein Opfer des Sturms wurden. Nun können schon relativ schwache Winde beträchtliche Schäden anrichten, da die Stabilität des Waldes erhebliche Einbußen erlitten hat. Auf Schäden an der Vegetation durch den starken Kfz-Verkehr machte Herr Heinemann insbesondere in der Nähe der A 61 aufmerksam. Außerdem beklagte der Revierleiter, daß einige Leute immer noch den Wald als Müllkippe mißbrauchen.

Der Sonntag war dem Thema „Verkehr" gewidmet. Einen Übergang zu diesem Problemkreis lieferte schon der Vortag, da der „saure Regen" und damit die Waldschäden zu einem beträchtlichen Teil durch den ständig wachsenden Kfz-Verkehr verursacht werden.

Der fachkundige Referent Jupp Trauth vom VCD (Verkehrsclub Deutschland) erzeugte Nachdenklichkeit bei den Zuhörern mit seinem interessanten Beitrag. Er machte darauf aufmerksam, daß unsere Verkehrsprobleme (Verkehrsinfarkt) auch in einem globalen Zusammenhang zu sehen sind, zum Beispiel sind in Nordrhein-Westfalen ebenso viele Kfz zugelassen wie in ganz Afrika! Für Jupp Trauth liegt im Automobilismus ein Grundübel der Menschheit begründet. Es blieb aber nicht nur bei der Kritik unserer jetzigen Verkehrspolitik, sondern es wurden auch konkrete Vorschläge für ein besseres Verkehrkonzept in unserer Region gemacht (am Beispiel der Verbandsgemeinde Kastellaun).

H.U.I.- Umweltseminar: *Jupp Trauth erzeugt Nachdenklichkeit*

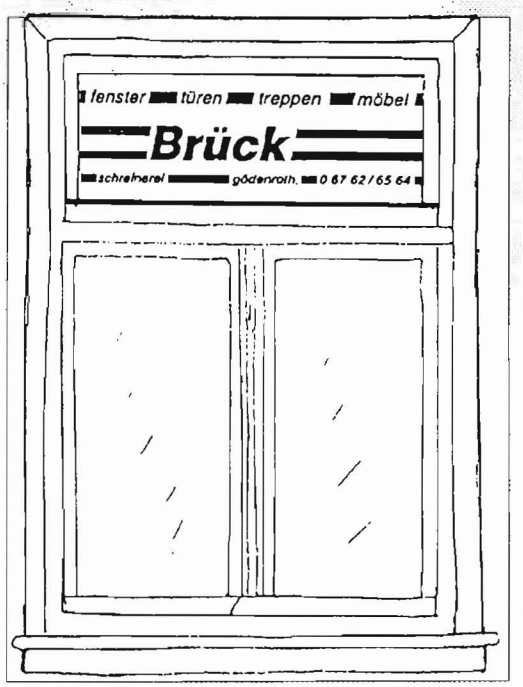
In einer abschließenden Austauschrunde waren sich die Teilnehmer/innen einig, daß unsere derzeitige Verkehrssituation massiv geändert werden muß.

Die H.U.I. wird dabei versuchen, beispielhaft auf Verbandsgemeinde-Ebene umweltschonendere Wege im Verkehrsbereich zu gehen. Jeder einzelne kann hierzu einen Beitrag leisten. Aber auch im Rhein-Hunsrück-Kreis wird zu zeigen sein, daß es eine Alternative zum Auto geben muß.

Alle Teilnehmer/innen befanden am Ende der Veranstaltung: Das 1. Umweltseminar der H.U.I. war ein voller Erfolg! Nicht zuletzt wegen der vorzüglichen Verpflegung durch unsere Küchenleitung Rita und Jürgen.

Man darf wohl gespannt sein auf das nächste H.U.I.-Umweltseminar.

Anzeige:



Ein „unzeitgemäßer Idealist" stellt sich vor...

Angefangen hat es für mich ganz anders, nämlich auf dem ÄTZBODEN Open Air 1990 in Salmrohr. Da hab ich (Heinz Berg) nämlich eben die Sabine Schütte kennengelernt, die die LEIM & KREIDE Naturfarbenwerkstatt in Harbergen im Hinterzimmer eines Bioladens vor 6 Jahren ins Leben gerufen hat.

Inzwischen hab ich auch die anderen, die mitmachen bei diesem Betrieb in Selbstverwaltung, kennengelernt und liebgewonnen. Der Bioladen ist letztes Jahr verkauft worden, aus immer größerer Nachfrage eine kleine Naturfarbenwerkstatt gewachsen. Seit der ersten gebrauchsfertigen Wandfarbe ohne Titanoxid hat LEIM & KREIDE sich sehr viel Gedanken und Kopfzerbrechen um neue Wege gemacht. Ökologie steht dabei an erster Stelle.
Alle Farben stammen aus dem ökologischen Kreislauf und sind somit zu 100 Prozent biologisch abbaubar. Außerdem:

Energieeinsparung wo's nur geht!

Statt schnell die Produktion zu steigern, hat LEIM & KREIDE neue Rezepturen und Verfahren entwickelt, die den Energieverbrauch bei der Herstellung zum Teil auf ein Fünftel des üblichen drücken. Müllvermeidung bei der Rohstoffauswahl führte zum Beispiel zu einem weitgehenden Verzicht auf Titanoxid, bei dessen Herstellung große Mengen Dünnsäure anfallen. Zum Glück wird diese heute nicht mehr so einfach in der Nordsee verklappt, sondern mehrfach verwendet. Dabei entstehen aber immer noch beträchtliche Mengen an Sondermüll, weshalb hier ein bewußter Verzicht immer noch ratsam ist. Müllvermeidung im Vertrieb ist das Mehrweg-Pfandsystem. Sowohl das Faß, von dem im Laden literweise Wandfarbe gezapft wird, als auch die Eimer werden von LEIM & KREIDE mehrmals befüllt! Beim Verkauf wird ein Pfand berechnet, damit sie auch wirklich wieder zurückkommen. Leider ist es Kunststoff - sieht nicht so schön aus, aber sind die Eimer irgendwann nicht mehr zu gebrauchen, können daraus mit verhältnismäßig geringem Energieaufwand wieder neue Eimer gemacht werden. Blech wird nur für die Holzschutz- und Pflegemittel verwand, ein Mehrwegsystem ist hier leider noch nicht möglich.

Heinz in der Werkstatt

Selbstverständlich sind die Dosen aber weder innen noch außen lackiert - das geht nämlich nur mit harter Chemie. Etiketten und Unterlagen sind aus sparsam bedrucktem Umweltschutzpapier (natürlich grau). Einen „unzeitgemäßen Idealisten" hat mich das HUNSRÜCK FORUM im vorigen Spätsommer im Zusammenhang mit dem Reggae und Blues Open Air geannt. Nun, ich versuch damit zu leben und habe beschlossen, die Wandfarbe vom Faß erst im Juni anzubieten. Erst machen wir in unserem zukünftigen Büro und Ausstellungsraum eine Kneipe auf!
Kultur in die Werkstatt!!! Vom 10. Mai bis 1. Juni in Leideneck, Hauptstraße 19. Jeden Freitag und Samstag Rapunzel Hefe Pils, Kirner vom Faß, Musik aus der Konserve Kulturprogramm (siehe Kasten rechts)

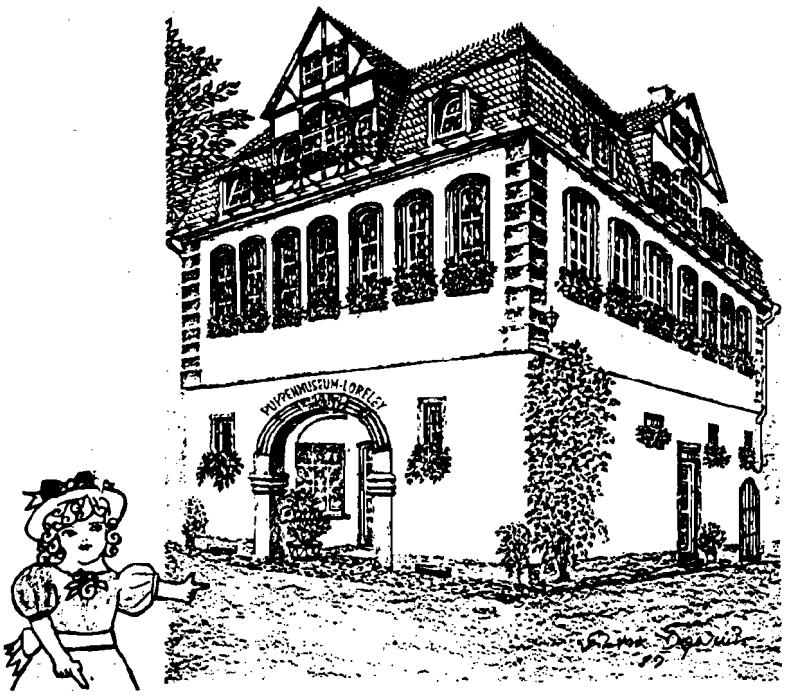
• *Heinz Berg*

Leim & Kreide
NATURFARBENWERKSTATT

Naturharz - Wandfarbe vom Faß im Pfandeimer

erhältlich bei:

Der Natur-Bauladen
natürlich bauen, wohnen, leben
Kurt Bärtges
Hauptstraße 5 • 6543 Sohren
Tel. 06543/2704 • Fax 06543/9409



Puppen und Bären Museum

Geschichten aus der Kindheit im Museum

Die gut 2.000 Puppen und 700 Teddybären im "Deutschen Puppen- und Bärenmuseum" sind nur noch zum Anschauen und nicht mehr zum Spielen gedacht, aber besonders die Teddybären mit ihren mitunter arg strapazierten Fellen verraten, daß sie früher von vielen Kindern geliebt worden sind. "Alle die Puppen und Bären haben ihre Geschichte und damit das Recht im Puppenmuseum ihr Gnadenbrot zu verdienen", sagt Eleonore Goedert. Sie sammelt seit 16 Jahren Puppen, Teddybären, Puppenstuben und im kleineren Umfang auch Spielzeug. Ihre Sammlung stellte sie 1985 zum ersten Mal in St. Goar aus, doch der Raum erwies sich bald als zu klein.

Mit der Eröffnung des neuen Puppenmuseums in der Sonnengasse 8, wurde dieses Problem gelöst, denn nun hat die Museumsleiterin die Möglichkeit Ihre Sammlung auf über 600 qm in einem über 200 Jahre altem Haus auszustellen, daß für diesen Zweck die besonders wichtige nostalgische Atmosphäre bietet. Aus diesem Grund schlagen nicht nur Kinderherzen beim Anblick der Zeugen vergangener Zeiten höher, besonders für Erwachsene bietet das Museum eine gelungene Erinnerung an die Kindheit.

Zu den Überbleibseln vergangener Kindertage gehören in St. Goar neben Puppen und Bären auch Puppenstuben und -wagen, Schaukelpferde, Blechspielzeug, Zinnfiguren und Sammelbilder. Der größte Teil der Sammlung ist gut erhalten, einige Exponate zeigen jedoch deutliche Gebrauchsspuren, was jedoch zum besonderen Reiz dieser Ausstellung gehört, so die Museumsleiterin. Natürlich hätten diese Stücke in der museumseigenen Puppenklinik "geheilt" werden können, worauf jedoch verzichtet wird, denn dies macht das Museum lebendiger. Trotzdem ist die Puppenklinik immer zu 100 % ausgelastet, denn "kranke" Puppen und Bären aus der gesamten Bundesrepublik werden im "Deutschen Puppen- und Bärenmuseum" eingeliefert und repariert.

Auch haben Puppenfans die Möglichkeit ihre persönliche Porzellanpuppe herzustellen. In Ein- bis Zweitageskursen werden bis zu höchstens vier Seminarteilnehmer in die Kunst der Puppenherstellung, vom Guß bis hin zur Bemalung, eingeführt.

Im dem Museum befindlichen Fachgeschäft für Puppen und Bären finden Liebhaber alles, was man auf diesem Gebiet bieten kann; von Puppenstubeneinrichtungen über Puppen- und Bärenkleider bis hin zu wertvollen Reproduktionen alter Puppen oder Künstlerpuppen berühmter Puppenmacher.

Weitere Informationen:

Dt. Puppen- und Bärenmuseum
Eleonore Goedert
Sonnengasse 8
5401 St. Goar
Telefon 06741/7270

Wo ebbes loss es

Kultur in die Werkstatt!!!

Leideneck, Hauptstraße 19.
Tel. 06762/6599

Programm:

Samstag, 11.5.
Hotte's „Tigerin" -
das letzte Mal
Kneipentheater frei nach Dario Foe

Freitag, 17.5.
ANDINO's Zaubertheater,
das Spiel mit Schein und Publikum, Kleinkunst zum Staunen, Lachen,
Nachdenken und Mitmachen.

Freitag, 24.5.
GEORGE - Pantomime

Samstag, 25.5.
LET'S GO - Der verrückte Zahnarzt aus Büchenbeuren mit Band

Samstag, 1.6.
Live-Musik (Wer steht noch nicht fest)

Eintritt jeweils zwischen 5.- und 8.- Mark. Unter der Woche stellen Hunsrücker Künstler aus. Ein Open Air Festival von uns wird's dieses Jahr nicht gegen - leider. Aber Kultur soll sein: bunt und dezentral. Deswegen hier die Termine für die Festivals 1991:

7.6. - 9.6. Ingelheim

14.6. - 16.6. Bingen

22.6. - 23.6. Hamm

13.7. - 14.7. Hunsrück open, Hahnenbachtal

28.7. - 29.7. Hochwald Festival

2.8. - 3.8. Ätzboden, Salmrohr

10.8. - 11.8. Saulheim

16.8. - 18.8. Pellenzer Open Air, Plaidt

ARBEITSGEMEINSCHAFT
BURG WALDECK e.V.
5469 Dorweiler/Hunsrück
Telefon (06762) 799?

Vom 10. bis 12. Mai 1991
veranstaltet PROFOLK, der Dachverband für Folkmusik e.V., in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck das Frühjahrstreffen auf der Waldeck. Thema:

„Peter Rohland - die deutsche Liedrenaissance"

Am 5. April 1966 starb 33jährig der Musiker und Sänger Peter Rohland. In seinem kurzen Leben hat er wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung eines politischen Liedes in der Bundesrepublik geschaffen. Rohland gilt als eine der legendären Figuren des bundesdeutschen Folk-Revivals. Er stellte unter anderem 1963 erstmalig ein für die damalige Zeit sensationelles Programm mit jiddischen Liedern zusammen, arbeitete die demokratischen Volkslieder der 48er Revolution auf und war einer der wesentlichen Mitbegründer der Festivals „Chanson, Folklore International" auf der Burg Waldeck. Seinen 25. Todestag nimmt PROFOLK zum Anlaß, eine historische Einordnung zu versuchen - auch unter der Fragestellung , wo und auf welche Weise das Schaffen Peter Rohlands bis in die heutige Zeit wirksam ist. Das Programm des Frühjahrstreffens:

Freitag, 10. Mai, 20.00 Uhr ——
—Themenkonzert (Rundfunkmitschnitt) mit Hein & Oss, Gesine Köhler, Hanno Botsch (Zeitgenossen und Mitmusiker von Peter Rohland)
Manfred Lemm (Musiker u. Organisator der Festivals der jüdischen Kultur in Krakau)
Walter Mossmann („innovativer" Liedermacher und Zeitgenosse Peter Rohlands)

Samstag, 11. Mai ——Diskussion und Vortrag mit Reinhard Hippen (Deutsches Kabarett-Archiv) und Matthias Vogel (Peter Rohland-Archiv), Filmvorführungen

20.00 Uhr PROFOLK-Konzert u. a. mit
Nancy Thym (deutsche Auswandererlieder zur Hakenharfe)
HEUREKA aus Leipzig (minimal music)

Sonntag, 12. Mai ——öffentliche Jahreshauptversammlung von PROFOLK

Friedensarbeit im Hunsrück — Kontaktadressen

Friedensgruppen

Kirchberg:
Hildegard Engelmann, Hauptstraße 15, 6544 Oberkostenz, Tel.06763/2130
Kastellaun:
Reinhard Sczech, Hauptstr. 31, 5449 Bell, Tel. 06762/5181;
Jutta Dahl, 5449 Bell, Tel. 06762/7344
Simmern:
Manfred Scherer, Kirchstr. 12, 6540 Holzbach, Tel. 06761/6401;
Renate Scherer, Tel. 06761/7292
Biebertal:
Friedel Wanger, Schulstr. 20, 6541 Biebern, Tel. 06761/12102
Argenthal:
Michael Bollmann, Auf der hohen Amel 14, 6541 Argenthal, Tel. 06761/4736
Rheinböllen:
Kirsten Bühner-Voll, Rheinböllener Str.9, 6542 Dichtelbach, Tel. 06764/718
Stromberg/Waldalgesheim:
Hans-J. Schnell, Rathausstr. 2 6531 Laubenheim, Tel. 006704/1863;
Günter Saueressig, Schillerstr. 2, 6534 Waldalgesheim, Tel. 06761/4736
Morbach:
Wolfgang Herz, Rochusstr. 23, 5552 Morbach-Hundheim, Tel. 06533/5706
Gödenroth:
Barb. Neßling, Rolf Haller, Alte Schule, 5449 Gödenroth, Tel. 06762/6038
Emmelshausen:
Ute & Horst Petry, Hausbayer Str. 4, 5449 Pfalzfeld, Tel. 06746/1639
Eva & Bernd Bee, Kirchweg 27, 5401 Gondershausen, Tel. 06745/1401
Buchholz:
Franz-Josef Hofmann, Birkenstr. 50, 5407 Buchholz, Tel. 06742/2715
Boppard:
Johann Schladt, Wieselweg 10, 5407 Boppard, Tel. 06742/3385
Bacharach:
Benno & Heidrun Kisters, Rheingoldstr. 124, 6531 Manubach, Tel. 06743/2943
Senheim:
Evi Hielscher, Im Kalmett 21, 5594 Senheim, Tel. 02673/4584
Sobernheim:
Dr. Rainer Lauf, In der Ziegelei 44, 6553 Sobernheim, Tel. 06751/3298
Idar-Oberstein:
Uschi & Dieter Hochreuther, Pestalozzistr. 1, 6580 Idar-Oberstein, Tel. 06781/42142
Herrstein: Uwe Anhäuser, Postfach, 6581 Herrstein, Tel. 06785/7594

Sonstige Gruppen

Verein gegen Fluglärm e.V., Sobernheim:
c/o Peter-Josef Dill, Nahestr. 10 6553 Sobernheim, Tel. 06751/4798
Schüler- und Bürgerinitiative gegen Fluglärm Bernkastel-Kues:
c/o Martin Schmidt, Haus Nr. 9, 5551 Kleinich-Emmenroth, Tel. 06536/8430
Wittlicher Initiative gegen atomare Bedrohung:
Neustr. 4, 5560 Wittlich, Tel. 06571/6063
Lebensgemeinschaft im Dhrontal e.V. Morbach-Merscheid:
Forum f. Libertäre Information, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid, Tel. 06533/3534
AK „Nein zur A 60":
c/o Marguerite Sellin, Auf der Höh 11, 5581 Irmenach, Tel. 06541/1248
Unabhängiges Forum asylpolitk und Ausländergesetze
c/o Rita Behrens, Wehrstr. 28 6542 Rheinböllen, Tel. 06764/3246
Energiewendegruppe Koblenz:
Naturkostladen, Markenbildchenweg 21 5400 Koblenz, Tel. 0261/18918
IAF - Interessengemeinschaft mit Ausländern verheirateter Frauen e.V. -
Verband binationaler Familien und Partnerschaften: Elvi Gök, Emser Str. 279, 5440 Koblenz, Tel. 0261/77271
AG Burg Waldeck:
Burg Waldeck, 5449 Dorweiler, Tel. 06762/7997
Jusos Rhein-Hunsrück:
c/o Jürgen Balzer, Kirchstr. 23 5401 St. Goar Werlau, Tel.: 06741/1417
Regionalkontakt für totale Kriegsdienstverweigerung Hunsrück-Nahe:
Andreas Speck, Viktoriastr. 21 6550 Bad Kreuznach, Tel.: 0671-32580
DFG/VK-Bad Kreuznach
Walter Montigny, in der Kripp 3 6551 Weinsheim, Tel: 06758/7116
DFG/VK-Koblenz
Friedhelm Schneider, Herrengartenstr. 1 5423 Braubach, Tel. 02627/8128
Zivildienstseelsorger
für den Kirchenkreis Simmern/Trabach J. Müller-Hargittay Lützelsoonstr. 6, 6570 Kellenbach Tel.: 06765/7000

Verein für Berufliches und Soziales Lernen e.V, Am Kyrbach, 6543 Sohrschied, Tel.: 06763/534

AVANTGAHD *Kulturring Rhein-Hunsrücke.V. c/o Horst Schneider, Rhein-Mosel-Str. 19, 5448 Frankweiler, Tel.: 06762/2194*

ai - amnesty international
Gruppe Ingelheim-Bacharach:
c/o Reiner Engelmann, Rheingoldstr.62, 6531 Manubach, Tel. 06743/2316;
c/o Pia Possmann, Mainzer Str. 7 6530 Bingen, Tel. 06721/2321
Gruppe Koblenz:
c/o Ulrike Krause, Am Falkenhorst 7, 5400 Koblenz, Tel. 0261/57366, Treff: Do. 19.30 Uhr „Am alten Hospital" 3a
Arbeitskreis Asyl:
c/o Gotelinde Günneberg, Schenkendorfstraße 6, 5400 Koblenz, Tel.: 0261/31758
Friedensforschung:
Wolfgang Bartels, Postfach 30
5501 Igel/Trier Tel. 0651/8671
Fax: 0651/84804

Friedensbüro Kastellaun
Bopparder Straße 25
5448 Kastellaun
Tel.: 06762–6075

Parteien

SPD - Bürgerbüro Buch:
Joachim Mertes, Beller Weg 4 5449 Buch, Tel. 06762/7474
DIE GRÜNEN:
Axel Weirich, Dumnissusstr. 6, 6544 Kirchberg, Tel. 06763/3242

Greenpeace:
Bahnhofstr. 39, 5450 Neuwied1 Tel. 02631/31001
B U N D Rhein-Hunsrück:
Martina Jahnke, Heufelderhaus, 6544 Maitzborn, Tel. 06763/577
Halsenbacher Umweltinitiative (HUI)
Sacha Schneid, Im Schmittenstück 9, 5401 Ney, Tel.: 06747/6091

Knotenpunkt e.V.
Tagungshaus
Beller Weg 6
5449 Buch, Tel 06762/2261-62

THAI CHI, Selbsterfahrung, Reiki, Meditation, Gesundheits- und Entspannungsseminare
Information auf Anfrage
Institut für Gesundheit und Körpererfahrung P. Michael Jordan
Hauptstr. 31 · 5448 Bubach
Tel.: 06766/474

Kommode

der nicht ganz gewöhnliche Laden

W.K. OSCHEWSKY-TENBRINK

Jetzt wieder voller toller
IDEEN
z.B. Blüten-Potpourries
Duftlampen und Duftöle
Blechspielzeug und Spieluhren
bunte Kleidung
und modische Tücher
viel Schmuck
und noch was anderes...
Schaut mal rein!

RHEIN-MOSEL-STRASSE 69
5401 EMMELSHAUSEN
☎ 06747/8205

Antik Möbelflohmarkt

Weichholzmöbel in großer Auswahl,
teil- oder fertig restauriert

Wir führen auch Antik-Ersatzteile:
Leisten aller Art · Schnecken · Füße · Beschläge
Knöpfe · Schlüssel und Antik-Wachs

Möbelflohmarkt Richter seit 10 Jahren
Ringstraße 7 · 5448 Ebschied · Telefon (06762) 61 43

Der andere Kaufladen
Naturkost + Naturwaren
Magdalene Ache-Klemm · Martina Bermel

AWALAN

konsequent ökologisch
waschen und reinigen
Wir führen das komplette Sortiment
5448 Kastellaun, Bopparder Str. 17, Tel.: 06762- 2636

beeindruckend schön...

eine wohnbiologisch wertvolle Naturfaserbeschichtung aus Baumwolle, pflanzlichen Rohstoffen und Mineralien

exklusive
JaDecor
Natur-Wandbeschichtungen

Der Natur-Bauladen
natürlich bauen, wohnen, leben
Hauptstr. 6 (neben Café Wald) · 6843 Bobenheim
Tel.: 06543/2704 · Fax: 06543/9409

Informationsbulletin
KURDISTAN
NACHRICHTEN · KOMMENTARE · ANALYSEN

* bringt aktuelle Informationen, Kommentare und Hintergrundberichte über Kurdistan und zur Situation der Kurden in der Migration
* ist unentbehrlich für alle, die sich für den Nahen und Mittleren Osten interessieren
* ist der Meinung, daß ohne Lösung der kurdischen Frage kein Frieden im Nahen und Mittleren Osten möglich ist
* erscheint 6x im Jahr
* kostet 10,- DM im Abonnement

( ) Ich möchte das Informationsbulletin abonnieren:
( ) Bitte senden Sie mir eine Probenummer:

Adresse: .....
.....
.....

Unterschrift:.....
Bitte senden an: Informationsbulletin Kurdistan, c/o Komkar, Hansaring 28-30, 5000 Köln 1

Keramikmarkt

Anni Weuster
Friedhofstr. 10 · 5449 SABERSHAUSEN
Tel. 06762-5466

Körper - Atem - Bewegung - Meditation

Institut P. Michael Jordan
Hauptstr. 31 · 5448 Bubach

Abendgruppen und Wochenendseminare:

- **TAI CHI CHUAN**
- **CHI KUNG** (Chin. Atem- u. Heilgymnastik)
- **MEDITATION**
- **REIKI**
- **REBITHING (Atmen)** u.a.

TAI CHI TAG:

Zeit: Sa 25. Mai 1991
9.00 – 18.00 Uhr
Leitung: Uschi Jordan
Ort: Bubach, Hauptstr. 31
(Evtl. Kostenerstattung von Krankenkasse möglich)

Weitere Infos, Programm und Anmeldung: Tel.: 06766/474

HUNSRÜCK-FORUM
Zeitschrift für Demokratie und Frieden
EXTRA
Extraausgabe
April 1991
Preis: Spende
N 8930 E

Hunsrücker Alp(müll)träume oder Müllskandal im Rhein-Hunsrück-Kreis

Rhein-Hunsrück-Kreis. „Hilfe, wir ersticken im Müll." Mit diesem verzweifelten Hilferuf müßte sich eigentlich Landrat Bertram Fleck an die Öffentlichkeit wenden.

Wie das? Die braven Bürgerinnen und Bürger trennen doch fleißig Altpapier, Blech, Plastik und Glas aus ihrem Hausmüll. Für dieses aufwendige Sammelsystem wurden sie im letzten Jahr auch noch kräftig zur Kasse gebeten: Die Müllgebühren wurden um über hundert Prozent angehoben. Aber immerhin, erste Erfolge werden sichtbar: Der Hausmüll, der auf die Mülldeponien gefahren wird, hat sich spürbar reduziert. Hausmüll ist aber nur die eine Häfte des Problems. Die andere ist der Geschäfts- und Gewerbemüll.

Hunsrück – 70,— DM/t
Westerwald – 188,— DM/t

Mit Industrie und Gewerbe wollte sich der Rhein-Hunsrück-Kreis nicht anlegen. Für 70 Märker die Tonne darf alles auf die Müllkippe gefahren werden - obwohl jeder weiß: Deponieraum ist teuer und knapp. Andere Landkreise haben das längst erkannt. So muß in Altenkirchen für eine Tonne Gewerbemüll 188 DM, also rund 170 Prozent mehr, bezahlt werden. In Kreuznach wird gar kein Wertstoffmüll auf der Deponie mehr angenommen. Für den Restmüll sind 150 DM pro Tonne zu zahlen.

Während landesweit das erfaßte Gewerbemüllaufkommen stagniert, gab es auf den Deponien in Kirchberg und Gondershausen im letzten Jahr eine wundersame Vermehrung. Nach neuesten Schätzungen mehrere tausend Tonnen. Befürchtungen gehen von bis zu 30% mehr Gewerbemüll als 1989 aus. Ein handfester Skandal. Was ist geschehen?

Nutzen etwa besonders raffinierte Geschäftemacher die 'Hunsrück'ständigkeit

der Müllsatzung aus um sich mit einem florierenden Müllimport aus anderen Kreisen eine goldene Nase zu verdienen?
Oder ist der heimische Gewerbeabfall in einem von uns unbemerkten Konjunkturrausch explodiert?
Gab es vielleicht gar keinen Müllwachstum? Waren die Zahlen der vergangenen Jahre frisiert? Wurden früher tausende LKW-Ladungen voll Müll an der offiziellen Kontrolle vorbei auf die Deponie abgeladen? Das wäre eine Sache für die Staatsanwaltschaft.

Zur Verdeutlichung der Dimensionen: 5.000 Tonnen mehr Gewerbemüll entsprechen unverdichtet etwa 33.000 Kubikmetern. **Auf einer Fläche von 100 Quadratmetern ergibt dies einen Berg von 333 Metern Höhe.**

CDU- Konzept gescheitert

Michael Becker, CDU-Fraktionsführer im Kreistag, wird von diesem Müllberg besonders hart getroffen. Er setzte mit seiner CDU auf freiwillige Maßnahmen von Industrie und Gewerbe. Kurz vor den Landtagswahlen, in denen sich die CDU als Umweltschutzpartei profilieren will, bekommt er nun schmerzhaft die "freien Kräfte der Marktwirtschaft" um die Ohren geschlagen.
Auch die Müllpolitik der Bundesregierung, vertreten durch den Ex-CDU Kreisvorsitzenden des Rhein-Hunsrück-Kreises, Umweltminister Prof. Klaus Töpfer, setzt immer noch nicht auf konsequente Müll-Vermeidung beim Erzeuger, sondern auf freiwillige Absprachen mit der Industrie. Diese Politik will selbst der bayrische Umweltminister Gauweiler im Bunderat nicht mehr unterstützen.

Müllnotstand

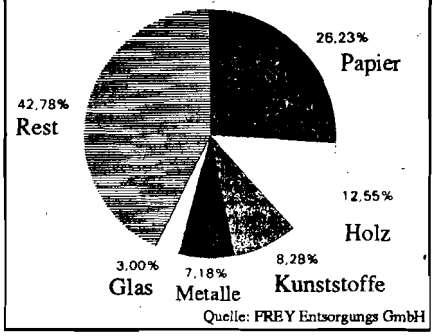
Zwei Mülldeponien hat der Rhein-Hunsrück-Kreis: Gondershausen und Kirchberg. Beide Deponien sind schon gefährlich voll. Nach der veröffentlichten Abfallbilanz des Mainzer Ministeriums für Umwelt und Gesundheit ist 1991 mit dem Ende der Aufnahmekapazität zu rechnen. Nach neusten Schätzungen wird sich das noch bis 1993 strecken lassen - aber was dann?
Die Kirchberger Deponie soll erweitert werden. Bis hierfür die Genehmigung vorliegt, kann es aber noch lange dauern. Wenn die aufwendigen Planung abgeschlossen sind, beginnt erst einmal die Planfeststellung. Der Kirchberger Stadtrat hat sich schon gegen eine Erweiterung ausgesprochen.
Den Kirchbergern wird wohl bald die Pistole auf die Brust gesetzt, indem sie als Schuldige am Müllnotstand gebrandmarkt werden, wenn sie der neuen Deponie nicht sehr schnell zustimmen. Nicht die Müllproduzenten sind die Schuldigen, sondern diejenigen, die den Wohlstandsmüll nicht vor ihrer Haustür haben wollen. Es bleibt auch sehr fraglich, ob in der hektischen Eile der erforderliche Stand der Technik für die neue Kirchberger Deponie eingehalten wird - denn natürlich darf es nicht zu teuer werden.
Sollte aber nur ein betroffener Bürger im Umfeld der Deponie Einspruch einlegen, oder gar klagen, kann sich das Verfahren über Jahre hinziehen. Nach Auskunft des Berliner Umweltbundesamtes, kann die Zulassung einer Anlage im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens einen Zeitraum von 9 bis 15 Jahren beanspruchen. Selbst wenn im Hunsrück die Uhren anders gehen und alles viel schneller abläuft, fest steht: Der Müllnotstand kommt. Denn die Erweiterung ist auf keinen Fall schon fertig, wenn im nächsten oder übernächsten Jahr die Deponien in Gondershausen und Kirchberg mit Müll randvoll gestopft sind. Was dann? Mülltourismus? Aufwendige Zwischenlager? Von Krisenmanagement ist in Simmern bei der Kreisverwaltung noch nichts zu spüren.

Erst stehen ja einmal die Landtagswahlen vor der Tür. Da sollen die Wählerinnen und Wähler nicht schon wieder mit neuen Hiobsbotschaften erschreckt werden.

Erstes Konzept von der Industrie

Peinlich für Harald Rosenbaum (CDU), zuständiger Dezernent bei der Kreisverwaltung für Umweltschutz: Während in seiner überlasteten Behörde noch Funkstille zu den Problemen des Gewerbeabfalls herrscht, kommt aus der Industrie schon ein fertiges Konzept.
Die Simmerner Firma FREY ENTSORGUNGS GmbH hat bereits im Januar einen Bericht zur „Neuorientierung der Gewerbeabfallentsorgung für den Rhein-Hunsrück-Kreis" vorgelegt. Natürlich handelt die Firma FREY nicht aus sozialer Barmherzigkeit. Sie verdient schon jetzt nicht schlecht an dem Geschäft mit dem Wohlstandsmüll. Der Planungsvorsprung vor der Verwaltung läßt gute Anschlußverträge erwarten und der Rhein-Hunsrück-Kreis begibt sich immer tiefer in Abhängigkeiten zur Firma FREY.

Zusammensetzung von Gewerbe- und Geschäftsmüll im Rhein-Hunsrück-Kreis



Quelle: FREY Entsorgungs GmbH

So besitzt die Firma FREY in Simmern eine Abfallsortier- und -zerkleinerungsanlage. Diese Anlage ist nach eigenen Angaben schon heute in der Lage, eine Wiederverwertungsquote von 35% des Gewerbemülls im Rhein-Hunsrück-Kreis zu erreichen. Benutzt wird die Anlage allerding nicht für Müll aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis. Kurioserweise wird in Simmern Gewerbemüll aus Bad Kreuznach sortiert und somit die Bad Kreuznacher Deponien entlastet.

Müllsortierung wird bestraft

Eine einfache Rechnung macht deutlich, warum es heute wirtschaftlich für einen Betrieb aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis völlig uninteressant ist, beispielsweise Altpapier zu sortieren: Wegen des zusammengebrochenen Marktes für Altpapier muß zur Zeit für die Abnahme einer Tonne Altpapier 90 Mark bezahlt werden. Fährt der marktwirtschaftlich rechnende Unternehmer sein Altpapier nach Kirchberg auf die ´Kippe´, muß er nur 70 DM zahlen. Also 20 Mark gespart.

Ungerechte Müllsatzung

Für alle Normalsterblichen, vom Säugling bis zur Oma, gilt der Anschluß- und Benutzungszwang an die Abfallentsorgungseinrichtungen des Rhein-Hunsrück-Kreises. Für 1991 sind so immerhin alleine drei Millionen DM über die Müllgebühren für die Sammlung von Wertstoffen, Problem- und Grünabfällen zu bezahlen. Industrie und Handel wird freigestellt, diese Wertstoffe einfach in unbegrenzten Mengen für wenig Geld auf die Deponie zu verfrachten.

Es ist Wahlkampf, mit Beendigung dieses skandalösen Zustandes, der die Müllproduzenten kräftig zur Kasse bitten muß, ist wohl derzeit nicht zu rechnen. Es sei denn, die Bevölkerung macht den nötigen Druck und läßt sich nicht mit schönen Worten abspeisen.

Berge von Plastikmüll
türmen sich bei der Firma „Frey Entsorgungs GmbH" auf. Ähnlich sieht es beim Altpapier aus. Was geschieht eigentlich damit?

Lesen Sie das nächste
HUNSRÜCK-FORUM
Zeitschrift für Demokratie und Frieden
Nr. 42 ab 29. April 1991

Müllvermeidung:

Ursache des Müllnotstandes ist die ungebremste Wegwerfmentalität der Wohlstandsgesellschaft. Die Verbraucher können durch ihr Einkaufsverhalten den Müllberg wesentlich verkleinern, dadurch werden auch Handel und Produzenten beeinflußt.

Umweltbewußte Bürger verzichten ...
- auf überflüssige Verpackungen
  Mogel- und Luxusverpackungen
- auf Einwegverpackungen
  Getränkedosen aus Alu
  Getränketüten (Tetra-Pack)
  Plastikflaschen (PET)
  Einwegflaschen
- auf Wegwerferzeugnisse
  Plastiktragetaschen
  Einweg-Geschirr
  Nicht reparierbare Produkte

Alternativen ....
- Offene frische Waren bevorzugen
- Glas-Mehrwegflaschen
- Tasche, Korb oder Netz

Wichtig: Überflüssige Verpackungen immer im Geschäft zurücklassen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
HUNSRÜCK-FORUM e.V.
- Verein für Demokratie und Frieden -
Postfach 451, 6540 Simmern
Tel. 06746/1639 · FAX 06746/8440

REDAKTION:
Horst Petry, Ute Petry (v.f.Az.),
Wolfgang Bartels, Barbara Müller
Axel Weirich, Horst Schneider,
Reinhard Sczech, (v.i.S.d.P.)

SATZ + DRUCK:
Druckerei H. Petry, 5449 Pfalzfeld
Druckerei S. Richter, St. Goar-Biebernheim
Auflage für „EXTRA": 40.000 Exemplare

Bankverbindung:
Hunsrück-Bank eG, Konto-Nr.:
100 21 331, BLZ: 560 617 44
in 6540 Simmern/Hunsrück
JAHRESABO:
11 Ausgaben=40,70 DM (incl. Porto)
ISSN 0179-2040

Liebe Leserin, lieber Leser
dieses HUNRÜCK-FORUM EXTRA wird uns rund 9 000 DM kosten. Nicht alles kann durch Anzeigen abgedeckt werden, deshalb sind wir auf jede Spende angewiesen. Vielen Dank!

Die Redaktion des HUNSRÜCK-FORUM wird an der Müllstory dranbleiben. Viele ungelöste Fragen sind noch zu beantworten: Was geschieht mit dem Kunststoffmüll, der getrennt gesammelt wird? Wann kommt die Biomülltonne? Müssen auch die Haushalte für den Biomüll mitzahlen, die ihren eigenen Kompost machen? Wann gibt es endlich ein gerechtes Gebührensystem, das Haushalte mit wenig Müllaufkommen wenig belastet und die Großmüllerzeuger zur Kasse bittet? Was geschieht, wenn die Müllkippen voll sind?
Das nächste HUNSRÜCK-FORUM erscheint am 29. April. Am besten gleich abonnieren!

Anzeige:

- **44 Jahre CDU-Politik in Rheinland-Pfalz — das reicht!**
- **Den Steuerlügnern von CDU und F.D.P. einen Denkzettel!**
- **Beide Stimmen für die GRÜNEN! Damit die Umfaller von der F.D.P. nicht wieder das Sagen haben.**

Wer ROT-GRÜN will, muß GRÜN wählen!

DIE GRÜNEN

Bitte ausschneiden und einsenden an: (oder einfach anrufen)
HUNSRÜCK-FORUM, Postfach 451, 6540 Simmern

Hiermit abonniere ich das HUNSRÜCK-FORUM (11 Ausgaben = DM 40,70)

☐ über Bankeinzugsverfahren*

☐ über Rechnung

Dieses Abonnement ist jederzeit widerrufbar und kündbar.
Ich bin an keine Quartalsfrist im üblichen Sinne gebunden.

.....
Ort, Datum Unterschrift

Bankverbindung: Hunsrück-Bank e.G., Kto.-Nr. 100 21 331 BLZ 560 617 44

***Ermächtigung zum Einzug von ABO-Rechnungen durch Lastschriften**
Hiermit wird der HUNSRÜCK-FORUM e.V. ermächtigt, die Abo-Rechnungen bei Fälligkeit von meinem

Konto Nr. .....BLZ.....bei.....

per Lastschrift einzuziehen.

.....
Ort, Datum Unterschrift

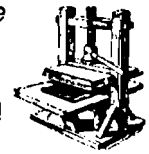
Satz • Grafische Gestaltung • Offsetdruck

Druckerei Stefan Richter

Wir entwerfen, setzen und drucken für Sie z.B.:

- Formulare
- Handzettel
- Zeitschriften
- Etiketten
- Druck auf Endlospapier
- Speisekarten
- Broschüren u. Prospekte
- Plakate

sowie Karten für alle Anläße



Wir machen etwas aus Papier.
Lassen Sie sich von uns unverb. beraten!

5401 St.Goar-Biebernheim
Dorfstraße 29 • Tel. 06741/ 499

Der Natur-Bauladen
natürlich bauen, wohnen, leben
Kurt Bärtges
Hauptstr. 5 · **6543 Sohren**
Tel.: 06543/2704 · Fax: 06543/9409

- Landhausdielen
- Parkett
- Fußbodenbretter
- Profilbretter
- Türen
- Fenster
- Bauholz
- Kork
- Linoleum
- Teppichböden
- Naturfarben
- Wärmedämmung
- Lederpflege
- Waschmittel

Öffnungszeiten: Mo., Di., Do., Fr. 9.00–12.30 Uhr und 14.00–18.00 Uhr
Mi. 9.00–12.30 Uhr / Sa. 9.00–12.00 Uhr
oder vereinbaren Sie einfach einen Termin, gerne auch auf der Baustelle.
Beratung – Verkauf – Ausführung

Naturkostladen Niedersohren
Julia Karl
Hauptstr. 32 · 06543/9358

Wir bieten Ihnen:

- Ein reichhaltiges Angebot an Trockenproduckten
- Zweimal wöchentlich viel frisches Obst, Gemüse und Milchprodukte
- Dreimal wöchentlich frische Vollkornteigwaren

Bewußt leben mit Naturprodukten!

Zum Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, am 26. 4. '91

- 17.00 - 18.00 Uhr: Mahnwache am Marktplatz Kastellaun
- 20.00 Uhr: Vortrag von Jürgen Streich (Publizist) mit musikalischer Umrahmung im evangelischen Gemeindehaus in Gödenroth

Veranstalter: Jugendgruppe Umweltschutz, Simmern
Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel

ZETTEL WIRTSCHAFT

Mitglied im Verbund selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutzpapier

Umweltschutzpapier GmbH
5448 ROTH/Hunsrück • Dorfstr. 18 • ☎ 06762/ 7802 · FAX: 06762/7114

Alles fürs Büro

- Formularblocks
- Klemmordner
- Kopierpapier
- Einzel-,
- Radiergummis
- Holzkulis
- Briefumschläge
- Computerpapier
- Formatpapier
- Kopier- und
- Textmarkerstifte
- Holzlineale
- Versandtaschen
- Schreibmaschinenpapier
- Notizblocks
- Endlosetiketten
- Unlackierte Blei- + Farbstifte
- Messingspitzer

Außerdem führen wir alle Papierwaren aus Umweltschutzpapier für
Schule + privaten Bedarf!
Fordern Sie unseren Gesamtkatalog an

biodomus
5401 Halsenbach · Am Eichelgärtchen 20
Fon: 06747/6622 Fax: 06747/8659

Für Ausgeschlafene!

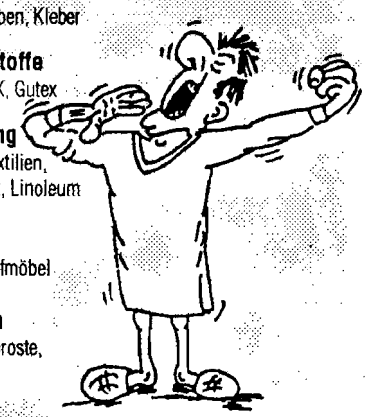
AURO-Naturfarben
Lasuren, Wachse, Wandfarben, Kleber

Ökologische Dämmstoffe
Kork, ISOFLOCK, PAVATEX, Gutex

Innenraumausstattung
Naturfaserbodenbeläge, Textilien, Korkparkett, Dielen, Parkett, Linoleum

Massivholzmöbel
Küchen, Kinder- und Schlafmöbel

ORIGO-Schlafsachen
Naturfasermatratzen, Lattenroste, Decken, Kissen etc.



Katalog gegen 2,40 DM Rückporto.
Nutzen Sie unsere langjährige Erfahrung mit konsequenten ökologischen Produkten

druckerei petry

Computersatz · Desktop Publishing · Laserdruck
Offsetdruck · Zeitschriften · Broschüren · Plakate
Hausbayer Str. 4 · 5449 Pfalzfeld · Tel. 06746/1639 · FAX 06746/8440

für eine bessere Zukunft:
Hunsrück ohne
Militär